

AL
DUPLICATE
LIBRARY



LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOPER
LIBRARY

*Die kommunistische
internationale*

927 / HEFT 2

BERLIN, DEN 11. JANUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die deutsche Regierungskrise — eine Sprengmine Churchills / Semenow:
Die neuen englischen Machenschaften in China / Katayama: Die revo-
lutionäre Bewegung in China und die Lage Japans / Darsono: Der Kampf um
Kautschuk / Mitkewitsch-Kapsukas: Die Opfer des litauischen Faschismus

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 2

11. JANUAR

I N H A L T

	Seite
Die deutsche Regierungskrise — eine Sprengmine Churchills	49
Semenow: Die neuen englischen Machenschaften in China	54
Hilt: Die Offensive des Reformismus in Norwegen	60
Katayama: Die revolutionäre Bewegung in China und die Lage Japans	64
Jacquemotte: Die Partei Vanderveldes im Dienste der Stabilisierung .	72
Darsono: Der Kampf um Kautschuk	82
Kostolansky: Fraktionsversuche in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei	86
Mitzkewitsch-Kapsukas: Die Opfer des litauischen Faschismus	90
B.: „Die Gesellschaft“	94

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	" 0,40
Postabonnement monatlich	" 1,—
Per Kreuzband monatlich	" 1,25
Postabonnement Quartal	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigete Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHN BLEY
HAMBURG BERLIN

DIE DEUTSCHE REGIERUNGSKRISE — EINE SPRENGMINE CHURCHILLS

Am 17. Dezember 1926 wurde das Kabinett Marx durch Annahme eines sozialdemokratischen Mißtrauensantrages mit 244 gegen 171 Stimmen gestürzt. Für das Mißtrauen stimmten die Sozialdemokraten mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von 24 Abgeordneten der „absolut Regierungstreuen“, die sich kurz vor der Abstimmung entfernten, die Kommunisten und die Deutschnationalen, d. h. alle Parteien, die nicht in der Regierung vertreten waren. Das Kabinett Marx lebte sieben Monate als Minderheitsregierung mit wechselnder Unterstützung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen. Das jetzt gestürzte Kabinett galt als eine Regierung der Mitte und war gebildet von den Demokraten, der Partei der Hochfinanz, vom Zentrum, der klerikalen Partei der Agrarier und Industriellen, von der Bayerischen Volkspartei, einer Partei des reaktionär-faschistischen Flügels des Zentrums, und von der Deutschen Volkspartei, der führenden schwerindustriellen Partei. Dieses Kabinett war ein durchaus arbeiterfeindliches und reaktionäres, sind doch unter seiner Amtstätigkeit eine ganze Anzahl von Gesetzen geschaffen und Verordnungen erlassen worden, die einen äußerst konterrevolutionären Charakter tragen, so u. a. das sogenannte „Jugendschutzgesetz“, das der Knebelung der revolutionären und bürgerlich linksgerichteten Presse und Literatur dient, die Abwürgung der von 15 Millionen Wählern (mehr als zwei Drittel aller aktiven Reichstagswähler) geforderten Fürstenenteignung, Verordnungen und Gesetzesvorlagen zum Raub der Unterstützung für die Millionenarmee der Arbeitslosen, die Vorbereitung eines Gesetzes zum teilweisen Raub des Wahlrechts, Hinaufsetzung des Wahlalters, Beseitigung des Verhältniswahlsystems u. a. m.

Diese reaktionäre Minderheitsregierung, die der monarchistischen Konterrevolution auf allen Gebieten Rechnung trug und die sich durch nichts von der deutschnationalen-volksparteilichen Luther-Regierung unterschied, lebte in der Hauptsache durch die Unterstützung der Sozialdemokraten. Ueber alle schwierigen Klippen half ihr die Sozialdemokratie hinweg, und für den Regierungskurs war die Sozialdemokratie voll verantwortlich. Nur ganz besondere Umstände führten zum Sturze dieses Kabinetts.

Regierungsstürze in Deutschland sind allgemein nichts besonders aufregendes und erwähnenswertes. Die Welt ist heute so an die Kabinettswechsel in Deutschland gewöhnt, daß diese fast keine Beachtung mehr finden. Niemand ist in der Lage, zu sagen, die wievielte Regierung jetzt in Deutschland seit der Umwälzung 1918 ans Ruder kommt. Allein in diesem Jahre ist dies der dritte Regierungswechsel. Und in Deutschland gehörtes schon zur allgemeinen Tradition, daß regelmäßig zu den Weihnachtsferien des Parlaments auch die Bescherung des Regierungswechsels kommt. Und immer ist es so, daß man eigentlich von einem Regierungssturz nicht sprechen kann. Trotzdem der Regierung durch Mehrheitsbeschluß des Parlaments das Vertrauen entzogen ist, regiert sie noch wochenlang weiter. Das Parla-

ment geht auseinander und läßt die Regierung, zu der es kein Vertrauen mehr hat, lustig weiter wursteln.

Also ein „Regierungssturz“ in Deutschland ist gewöhnlich nicht allzu ernst gemeint. Irgendwelche Bedeutung haben solche Regierungsstürze in Deutschland im allgemeinen nicht gehabt. Inwieweit aber der diesmalige Regierungssturz hervorragende politische Bedeutung hat, werden wir später sehen.

Die Regierungswechsel in Deutschland brachten meist keinen Wechsel im politischen Kurs oder im politischen System. Ja, man kann noch nicht einmal von einem Regierungswechsel sprechen. In den letzten Jahren war es meist so, daß nach jedem Regierungssturz immer wieder die gleiche Regierung kam, höchstens mit einem Austausch von einem nebensächlichen Minister. Die Hauptfiguren sind immer die gleichen: Stresemann, der ewige Außenminister, Geßler, der unersetzliche Reichswehrminister, der als „Demokrat“ die besten Beziehungen zu den restaurationslüsternen Monarchisten hat, Marx, der immer wiederkehrende Reichskanzler. Wenn einer dieser Regierungskünstler das Intrigenspiel seiner Partei gar zu stark kompromittiert, dann wird auch gelegentlich die Parteifarbe gewechselt, die Hauptsache ist, daß das System und der Mann gerettet werden. Im Dezember vorigen Jahres wurde das Kabinett Luther gestürzt, ein Kabinett des „Bürgerblocks“, d. h. eine offene Regierung der äußersten Rechten. Im Januar kam genau wieder dasselbe Luther-Kabinett, nur zwei deutschnationale Parteimänner wurden durch zwei andere Reaktionäre ersetzt. Im Mai stürzte das zweite Luther-Kabinett, aber die gleiche Regierung kam wieder, ohne Luther, alles andere blieb beim alten. So war es bisher. Die Kräfte aber, die diesmal die Regierung stürzten, sorgen dafür, daß jetzt eine erhebliche Kursänderung eintreten wird. Heranziehung der englisch orientierten Kräfte, insbesondere der Sozialdemokratie, mit der Innenpolitik gegen die Kommunisten, mit einer Massenpropaganda gegen Sowjetrußland und einer Außenpolitik in der Linie der englischen Interventionspläne gegen Sowjetrußland, — das wird der kommende Kurs sein.

Die Sozialdemokratie hatte bisher unentwegt alle Regierungen unterstützt, gleichgültig, ob das sogenannte Regierungen der „Mitte“ oder Regierungen der offenen Rechten waren. Genau so wird die Sozialdemokratie auch die kommende Regierung unterstützen, gleichgültig, ob sie personell mit ihr verbunden ist oder ob es die Deutschnationalen sind, die dort den Ton angeben. Und wahrscheinlich kommt es so, daß weder die einen noch die anderen personell in der kommenden Regierung vertreten sein werden.

Der diesmalige Regierungssturz bekommt erst durch die besonderen Umstände und die besonderen Ursachen, die zum Sturze führten, seine besondere Bedeutung. Daß die Kommunisten der Marx-Regierung ihr Mißtrauen aussprechen, ist selbstverständlich. Ebenso klar ist das bei den Deutschnationalen, die schon mehr als einmal Mißtrauensanträge eingebracht haben, da sie konsequent jede Regierung bekämpfen, mit der sie nicht personell verbunden sind. Anders verhält es sich mit den Sozialdemokraten. Was ist vorgefallen, daß die Sozialdemokraten ihren Verbündeten die Gefolgschaft aufsagen?

Unmittelbar vor dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, auf den Rücktritt der Regierung zu dringen, veröffentlichte der „Manchester Guardian“ jene albernen Nachrichten über die Lieferung von Gra-

naten der Sowjetunion an die deutsche Reichswehr. Sehr rasch konnte festgestellt werden, daß dieser neueste Schwindel der interventionslüsternen englischen Presse von den deutschen Sozialdemokraten Breitscheid und Stampfer ausgeheckt worden war, um eine neue Kampagne gegen Sowjetrußland zu inszenieren. Breitscheid ist aber von altersher bekannt als ein Agent der aggressivsten imperialistischen Kreise Englands. In allen Fragen der Außenpolitik und als Vertrauensmann der deutschen Regierung beim Völkerbund galt er stets als der besondere Förderer der englischen imperialistischen Politik. Nun wurde aber weiterhin bekannt und öffentlich durch die Presse festgestellt, daß Breitscheid den Granatenschwindel nicht aus seinen schmutzigen Fingern gesogen hat, sondern daß er von englischen Reportern über die Schwindelnachrichten „als besonderer Sachverständiger“ in solcherlei Dingen „befragt“ wurde, und er nur „bestätigte“, daß der Schwindel glaubhaft genug sei, um serviert zu werden. Auf Grund wessen Breitscheid „bestätigte“, haben weder der „Vorwärts“ noch Herr Breitscheid bisher aufgeklärt. Jedenfalls konnte festgestellt werden, daß der Genosse Tschitscherin vollkommen recht hatte, als er bei der ersten Nachricht über diese Geschichte sofort feststellte: „Made in England.“

Wir wissen, daß der Beschluß des Regierungssturzes in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht mit der Begründung zustande kam, mit der er in öffentlicher Reichstagssitzung durch Scheidemann dargelegt wurde. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion hat Scheidemann seinen Vorstoß gegen die Regierung und den Parteivorstand, gegen Wels und Hermann Müller, der von dem Regierungssturz nichts wissen wollte, damit begründet, daß die Regierung ein Doppelspiel treibe, indem Zentrum und Demokraten mit den Sozialdemokraten Vereinbarungen treffen, während die Volkspartei mit den Deutschnationalen unter einer Decke stecke. Als Beleg dieser Begründung wurden Volksversamlungsreden des Führers der Volkspartei Scholz ins Feld geführt. Jeder Eingeweihte wußte aber, daß dies nur ein Scheingrund war, denn das Doppelspiel der Regierung war mit Zustimmung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen so alt, wie diese Art von Regierungskombination selbst war. Hätte Scheidemann in der Fraktionssitzung die Gründe angeführt, die er in der Reichstagssitzung angab, nämlich daß der Stoß gegen die Regierung in Wirklichkeit gegen Sowjetrußland gerichtet ist und dem Zwecke der englischen Interventionspolitik diene, so hätte er aller Voraussicht nach keine Mehrheit erreicht.

Herr Scheidemann „begründete“ den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag mit folgenden faustdicken Lügen: 1. Die Lieferung der Sowjetgranaten an die Reichswehr. 2. Die Tatsache, daß die Junkers-Werke in Moskau eine Flugzeugfabrik errichtet hatten, und 3. daß Reichswehroffiziere mit „dem Gedanken spielen“, in Sowjetrußland Waffen- und Munitionsfabriken anzulegen, um die Entwaffnungsbefehle der Entente zu durchkreuzen. Unter diesen Umständen, erklärt Scheidemann, konnten die Sozialdemokraten kein Vertrauen mehr zum Reichswehrminister — und da die Regierung diesen decke — zur Gesamtregierung haben. Pathetisch erklärt dieser Schwätzer: „Es muß Schluß gemacht werden mit dem Nationalholschewismus in der Reichswehr,“ „wir können es nicht länger dulden, daß Deutschland zum Narren von Sowjetrußland gemacht wird.“ Das alles sagte der Agent Churchills natürlich nur aus „vaterländischem Interesse“, das

ihn „zum Reden zwingt“. Die Verlogenheit dieser Hetze gegen Sowjetrußland zu widerlegen, erübrigt sich wohl, aber einige Feststellungen sind immerhin beachtenswert. Den ersten Schwindel, daß Sowjetrußland an die deutsche Reichswehr Granaten liefere, muß selbst der „Vorwärts“ als solchen eingestehen, und er war längst als Schwindel entlarvt. Beim zweiten Bluff mit den Junkers-Werken stand die Sache so, daß die Junkers-Werke in Moskau mit Genehmigung der deutschen Regierung errichtet wurden zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten in der Regierung saßen, wozu sie ihre Zustimmung gaben; jetzt, nachdem seit Jahr und Tag den Junkers-Werken die Konzession entzogen und die Firma Junkers längst aus Sowjetrußland ausgewiesen ist, ist den Sozialdemokraten dieser Bluff gerade gut genug, um gegen Sowjetrußland zu hetzen. Und drittens will der Narr Scheidemann Sowjetrußland verantwortlich machen für die naiven nationalbolschewistischen Reichswehroffiziere — falls es überhaupt solche geben sollte —, derselbe Narr, der als Reichskanzler diese Reichswehr geschaffen hat, der für das Milliardenbudget der Reichswehr alljährlich stimmt und in aller Zukunft für die konterrevolutionäre Schutztruppe eintreten wird. Das alles derselbe Scheidemann, die gleiche Sozialdemokratie in der gleichen Stunde, wo in Hamburg und in anderen deutschen Hafenstädten Zehntausende von Gewehren und Tausende von Maschinengewehren aus den Beständen der Reichswehr für die Söldnertruppen Englands zur Niederwerfung der chinesischen Revolution verladen werden. Daß selbst unter den Sozialdemokraten nicht ein einziger war, der von den Schwindel- und Scheingründen Scheidemanns auch nur ein Wort glaubte, ist ganz offensichtlich.

Was ging aber hinter den Kulissen vor? Der eigentliche Treiber des Regierungssturzes war die englische Regierung, die Scheidemann und Breitscheid waren deren gefügige Werkzeuge. Das geht auch ganz deutlich aus einer Korrespondenz hervor, die der deutschen Regierung nahesteht und von Stresemann inspiriert ist. Hier heißt es:

„England war von vornherein entschlossen, diese Stellen des Versailler Vertrages über die deutsche Ausfuhr von Kriegsgerät zu benutzen, um dem aufstrebenden deutschen Exportgeschäft Steine in den Weg zu werfen. Schon mehrere Wochen vor Beginn der Genfer Verhandlungen habe ich hier auf diese Bestrebungen der englischen Industrie, deren Wünschen das schwache konservative Kabinett sich fügen mußte, hingewiesen. Die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ waren der Bestandteil einer großangelegten englischen Propaganda, die den Zweck hatte, Englands Forderungen bei der Botschafterkonferenz und in Genf zu unterstützen.“

Am gestrigen Sonntag herrschte darüber in gewissen Berliner Wirtschaftskreisen Bestürzung und Aufregung. Allein für die Maschinenindustrie hätte das Durchdringen dieser Forderungen die Notwendigkeit bedeutet, Zehntausende von Arbeitern zu entlassen. Am stärksten bedroht war der Werkzeugmaschinenbau und die Kesselschmiederei.“

Um was handelt es sich? Die englische Regierung war unter dem Druck des englischen Proletariats, durch den englischen Generalstreik und den monatelangen Bergarbeiterstreik in ihrer außenpolitischen Aktion in die Defensive gedrängt. In diesen Monaten wurde die deutsch-französische Kartellierung der Eisen- und Stahlproduktion vollzogen, das kontinentale schwerindustrielle Kartell kam zustande, das die englische Wirtschaft auf das

schwerste bedrohte. In der gleichen Richtung wirkt das deutsch-französische Kalikartell. Der Kartellierung der Schwerindustrie folgte die staatspolitische Annäherung Frankreichs und Deutschlands, die die wirtschaftlichen Verträge sichern soll. Eine solche Politik auf dem Kontinent kann aber England nie und nimmer dulden. Stresemann hat sich denn auch beeilt, der englischen Regierung zu versichern, daß die Annäherung an Frankreich die „freundschaftlichen Beziehungen“ zu England nicht stören werde. Aber bekanntlich wiegen Eisen und Stahl schwerer als papierene Freundschaftsbeteuerungen. Sobald nun England die Arme von der eisernen Umklammerung seines Proletariats frei bekam, ging es zum Gegenstoß über. Ist es ein Zufall, daß der Vorstoß der Sozialdemokraten gerade in dem Moment unternommen wurde, als die Drahtzieher der europäischen Politik sich in Genf versammelten? Durchaus nicht. Der Regierungssturz in Deutschland war der Auftakt für Genf. Stresemann ist denn auch von Genf mit zerfetztem Manuskript und zerschlagenen Gliedern zurückgekehrt. Die Blümenträume von Thoiry sind zerflattert. Die Hoffnung, die Militärkontrolle loszuwerden, ist zerstört, von den gegenseitigen Besuchen von Briand und Stresemann, dem Lieblingsgespräch aller völkerbundschwärmenden Politikanten, ist es jetzt merkwürdig still geworden, in Frankreich hat man zur Abwechslung allen Kleinbürgern das Gruseln über den perfiden Militarismus des Boche gelehrt. Die englische Sprengmine ist zur rechten Zeit losgegangen. Scheidemann und Breitscheid haben sich als zuverlässige Söldner Churchills erwiesen.

Bei dieser Durchkreuzung der deutsch-französischen Annäherung hat die englische Regierung keinen Moment ihr Hauptziel vergessen: die Intervention gegen Sowjetrußland. Und dabei blieb sie bei ihrer alten Taktik, dieses Ziel durch ihre „fremden“ Hilfstruppen besorgen zu lassen. Churchill legte seine Minen nicht nur in Deutschland, sondern, was für ihn ebenso wichtig war, auch in den Randstaaten. Der Umsturz in Litauen hat seine Ursache in der gleichen Quelle wie der Regierungssturz in Deutschland. Dabei gingen die Arrangeure so plump zu Werke, daß man die Uebereinstimmung beider Vorgänge ohne alle Schwierigkeit erkennt. In Deutschland müssen als Ursache die Sowjetgranaten und die Junkers-Flugzeuge aus Sowjetrußland als Grund dienen, in Litauen ein angeblich von der Komintern und der Sowjetmacht beabsichtigter und bevorstehender bolschewistischer Staatsstreich, der durch den Staatsstreich der Armee verhindert werden müsse. Diesen Schwindeleien ist so stark der Stempel „Made in England“ aufgedrückt, daß man die wirklichen Absichten, die Vorbereitung der Kriegsintervention gegen Sowjetrußland, allzu deutlich erkennt.

Nicht daß die Marx-Regierung in Deutschland oder das Kabinett Grinius in Litauen gestürzt wurden, ist alarmierend für das internationale Proletariat, auch nicht die Mittel, mit denen diese Kabinettstürze vollzogen wurden, ob durch das Parlament oder durch Bajonette, sind entscheidend, die Ursachen und Gründe für diese beiden Vorgänge sind es, die das internationale Proletariat in sofortige Alarmbereitschaft setzen müssen. In diesem Intrigenspiel des englischen Imperialismus spielen die deutschen Sozialdemokraten die gleiche Rolle wie die litauischen Faschisten und der polnische Klerus. Die Scheidemann und Breitscheid sind die Verbündeten der Pilsudski und Plechawitschu, die die Puppen auf den verschiedenen Schaubühnen Churchills sind. Die Offensive Churchills hat zweifellos große Er-

folge zu verzeichnen. Nach dem Zusammenbruch des englischen Generalstreiks der polnische Umsturz Pilsudskis, nach dem Abbruch des Bergarbeiterstreiks der Regierungssturz in Deutschland mit dem Ziel der Offensive gegen Sowjetrußland, der Umsturz in Litauen zur weiteren Einkreisung Sowjetrußlands, der Beschluß der französischen Sozialdemokratie, den Sowjetgranatschwindel auf die Tagesordnung der Zweiten Internationale zu setzen, um eine internationale Kampagne unter der Arbeiterschaft zugunsten einer militärischen Intervention gegen Sowjetrußland herbeizuführen, — und das alles „zur Rettung der europäischen Kultur vor dem Bolschewismus“! Es wird Zeit, daß das europäische Proletariat zum Gegenstoß ausholt.

B. SEMENOW:

DIE NEUEN ENGLISCHEN MACHENSCHAFTEN IN CHINA

Bereits im Oktober 1926, als der bedeutungsvolle Sieg der Kantonregierung offensichtlich geworden war, führte ein Journalist in der englischen Presse bittere Klage darüber, daß die Politik der Foreign Office weit hinter den Anforderungen des wirklichen Lebens zurückbleibe und daß die Konzessionen, die rechtzeitig gemacht werden müßten, dermaßen verspätet zugestanden würden, daß sie einfach lächerlich schienen. Gleichsam als Beleg für die „Irrigkeit“ dieser Ansicht veröffentlicht das Foreign Office am 24. Dezember in der Presse den Text eines durch den englischen Geschäftsträger in China O'Malley übermittelten Memorandums, das auf die Kollegen des englischen Imperialismus den Eindruck einer geplatzten Bombe machte: so wenig entsprach es allen früheren Erklärungen desselben ehrwürdigen O'Malley und der ganzen bisherigen Chinapolitik Englands. Ruft doch die gesamte englische Presse in der letzten Zeit, von der „Times“ ganz zu schweigen, unentwegt und ununterbrochen nach einem Druck auf China, droht sie doch unablässig mit einer bewaffneten Intervention, mit einem Appell an die „geheiligte“ Eintracht aller fremden Mächte angesichts der wachsenden „roten“ Gefahr usw. Bereits im September 1926 schrieb der „Daily Telegraph“, der Offiziosus des Foreign Office*):

... Der einzig verlässliche und ehrenhafte Ausweg ist in diesem Fall unschwer zu erraten. In denjenigen Gebieten, wo dem Leben britischer Staatsbürger und ihrem Eigentum Gefahr droht, wo britische Offiziere und Soldaten getötet werden, wo unter Mißachtung der Verträge der britische Handel gestört wird, handelt es sich um den Schutz gegen Piraten und Räuber, wie es denn auch offiziell erklärt worden ist. Einen solchen Schutz zu schaffen, ist Pflicht der bewaffneten Kräfte des Königreiches. . . . Können diese Pflichten in Gemeinschaft mit den in chinesischen Gewässern befindlichen Streitkräften der anderen Mächte erfüllt werden, um so besser. Dies zu erreichen, wär eine der wichtigsten Aufgaben, weil dadurch eine wesentliche Seite der geschaffenen Lage aufgeheilt würde, und weil es denjenigen zur Ehre gereichen würde, die an einer ähnlichen einheitlichen Aktion teilnehmen würden. Jedenfalls ist die von

*) „Daily Telegraph“, vom 30. 9. 1926.

unseren eigenen Interessen diktierte und von unserer zentralen diplomatischen Instanz in bezug auf China geforderte Politik augenscheinlich klar.“

Wir könnten unzählige ähnliche oder noch schärfere Zitate aus den damaligen englischen Zeitungen anführen, von der Boulevardpresse gänzlich zu schweigen; diese schrie tollwütig nach der bewaffneten Niederwerfung des aufständischen chinesischen Volkes, nach einem neuen Kreuzzug gegen Kanton usw. Es muß indessen gerechterweise zugegeben werden, daß der Ton der englischen Presse in Einklang mit dem allgemeinen Ton der englischen Chinapolitik jetzt bedeutend herabgestimmt ist, obwohl noch lange nicht in einem derartigen Maße, daß sich daraus das „berühmte“ Memorandum direkt ergeben könnte. Es ist deshalb natürlich, daß dieses Memorandum für alle in China „tätigen“ Imperialisten eine Ueberraschung war.

Untersucht man jedoch aufmerksamer die Ereignisse in China und verfolgt man nicht minder aufmerksam alle Machenschaften, deren sich die englische Regierung bediente, um ihre Stellung in China so oder anders zu retten, so erhält das Memorandum das Recht auf eine natürliche, logische Existenz und bietet zudem eine Erklärung für die wirkliche englische Chinapolitik von heute.

Was stellt das englische Memorandum dar? Das Memorandum lehnt jeglichen Versuch der Mächte ab, die Zwecke zu bestimmen, für welche die Einkünfte aus den Zuschlagszöllen verwandt werden müßten, und betont, daß dies nur zu einer weiteren Ausdehnung der ausländischen Kontrolle über China führen würde. Das Memorandum konstatiert die veränderte Lage in China: das Fehlen irgend einer wirklichen zentralen Regierung und das Anwachsen der machtvollen nationalen Bewegung. Das Memorandum schildert ferner den Verlauf der Ereignisse seit der Washingtoner Konferenz und erklärt aufs neue, daß die einzig richtige von den Mächten einzunehmende Position darin bestehe, jeder der kämpfenden Gruppen den Beistand zu verweigern und sich jeder Einmischung in den inner-chinesischen Kampf zu enthalten. Das Memorandum betont indessen die Notwendigkeit, „der einmal ausgebrochenen nationalen Bewegung in China Sympathie und Verständnis entgegenzubringen.“ Ferner deutet das Memorandum die Politik an, welche nach Meinung der englischen Regierung die Vertragsmächte in China befolgen sollten: die Mächte müßten ihre Bereitwilligkeit kundtun, in Verhandlungen über die Revision der Verträge und aller übrigen strittigen Fragen einzutreten, sobald China selbst eine Regierung geschaffen haben werde, die bevollmächtigt sei, solche Verhandlungen zu führen; bis dahin müßten die Mächte „eine aufbauende Politik im Geiste der Washingtoner Konferenz unter Anpassung an die gegenwärtig veränderten Umstände befolgen“; die englische Regierung macht den Vorschlag, die Vertragsmächte sollten in einer gemeinsamen Erklärung ihre aufbauende, den berechtigten Bestrebungen des chinesischen Volkes entgegenkommende Politik kundtun. Weiter heißt es im Memorandum, die Vertragsmächte müßten den Gedanken aufgeben, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung Chinas unbedingt eine ausländische Bevormundung erforderlich mache, und sie müßten ihre Bereitschaft erklären, das Recht Chinas auf Zollautonomie anzuerkennen; die Vertragsmächte müßten erklären, daß sie keinesfalls auf der ausländischen Kontrolle gegen den Willen Chinas bestehen wollten. In bezug auf die von der

Washingtoner Konferenz vorgesehenen Zuschlagszölle betont das Memorandum, daß die Kantonregierung solche Zölle bereits tatsächlich erhebt, und weist darauf hin, daß die englische Regierung diese Politik im gegenwärtigen Moment gutheiße, obwohl sie sich aus Solidarität dem Protest der anderen Vertragsmächte gegen die Erhebung dieser Zölle angeschlossen habe.

Das ist in kurzen Worten der Inhalt des „berühmten“ Memorandums, das von den imperialistischen „Freunden“ Englands als angeblich radikale Aenderung der englischen Chinapolitik bewertet wird. Wird jedoch dieses Memorandum im Zusammenhang mit der bereits geschaffenen Lage betrachtet, so stellt es sich in einer ganz anderen Beleuchtung dar — und zwar als neue Machenschaft des englischen Imperialismus in China, als eine Machenschaft, die durchaus keine neuen, plötzlich in Erscheinung getretenen freundschaftlichen Gefühle für die nationale Freiheitsbewegung offenbart, sondern als eine Machenschaft, die vollkommen und unentwegt gegen die anwachsende revolutionäre Bewegung in China gerichtet ist.

Zum ersten: worin besteht das wesentliche Entgegenkommen dieses Memorandums für die revolutionären Bestrebungen des chinesischen Volkes? Worin finden die „Sympathie“ und das „Verständnis“ für „die machtvolle nationale Bewegung“ in China ihren Ausdruck? Gibt doch das Memorandum selbst zu, daß die Kantonregierung auf den von ihr besetzten Territorien die von der Washingtoner Konferenz vorgesehenen Zuschlagszölle bereits erhebt, und mehr noch, daß sie auf ihrem Territorium die Zollautonomie in die Tat umsetzt. Die Kantonregierung kann in jedem beliebigen Moment offiziell die Annullierung aller ungleichen Verträge mit den ausländischen Imperialisten erklären, was sie bereits mehrmals getan hat; im Hoheitsgebiet der Kantonregierung existieren diese Verträge nicht mehr. Ebenso lächerlich wäre es, von der Möglichkeit irgend einer fremden Kontrolle über dieses Gebiet zu reden. Worin könnte die „aufbauende Tätigkeit“ der fremden Imperialisten und vor allem Englands in Südchina und in den gegenwärtig von der Kantonregierung besetzten Provinzen ihren Ausdruck finden? In der Gutheißung der Handlungen der Kantonregierung? — Dadurch würde doch die Lage der Kantonregierung nicht wesentlich geändert. In dem Verzicht auf eine Intervention mit eigenen bewaffneten Kräften? — Das hat sich doch gerade für England im gegenwärtigen Augenblick als unmöglich erwiesen. In keiner Hinsicht bringt das „berühmte“ Memorandum für die revolutionäre Bewegung in China etwas Neues; in keiner Hinsicht bedeutet es irgend eine neue Etappe, die der Bewegung neue Kräfte zuführen könnte. Es fixiert bestenfalls nur die bereits geschaffene Situation.

Zum zweiten? Von welcher Bedeutung ist dieses Memorandum für die von der Kantonregierung nicht besetzten chinesischen Gebiete, d. h. mit anderen Worten für die reaktionären Mächte Chinas, in erster Linie für Tschang Tso-lin, für Tschang Tsu-tschan und für Sun Tschuan-fang? Auf eben diese Gebiete erstrecken sich gegenwärtig alle die Lasten, die der fremde Imperialismus China auferlegt hat. In eben diesen Gebieten sind die Zollbestimmungen wirksam, die es den chinesischen Machthabern verwehren, die Zölle um mehr als 5 Prozent zu erhöhen; in diesen Gebieten ist die Kontrolle der entsprechenden fremden Mächte wirksam usw. Mit anderen

Worten: bei der Verwirklichung dieses Memorandums würden all seine positiven Seiten einzig und allein den reaktionären Gruppierungen Chinas zugute kommen, würde ihnen neue Kraft für die Bekämpfung der revolutionären Bewegung in China gegeben; würde die Möglichkeit gewährt, gegen die revolutionäre Bewegung anzukämpfen. Wer wird denn diese erhöhten Zölle und Steuern erheben? — Offensichtlich doch die örtlichen Machthaber in diesen Gebieten; folglich werden alle diese neuen Geldmittel in die Taschen der chinesischen reaktionären Militaristen fließen, die heute die Revolution bekämpfen oder zur Bekämpfung der Revolution rüsten. Für die Reaktionäre bedeutet das Memorandum eine eigenartige Anleihe zwecks weiterer Bekämpfung der chinesischen Revolution und zudem eine sehr bedeutende Anleihe, weil die Zuschlagszölle und Steuern in kurzer Frist viele Millionen Dollar ergeben können.

Zum dritten: dieses Memorandum trifft in mancherlei Beziehung auch die Interessen der imperialistischen „Freunde“ Englands. Die wichtigsten Interessen Englands liegen doch vor allem in Süd- und Mittelchina, also gerade auf den Territorien, die gegenwärtig von der Kantonregierung besetzt sind. Folglich spielen die einen oder anderen Konzessionen in Anbetracht der von der Kantonregierung bereits geschaffenen Maßnahmen für England keine wesentliche Rolle. In denjenigen Gebieten, die gegenwärtig als Stützpunkte für die Gegenrevolution dienen, sind die Kapitalien der anderen imperialistischen Mächte, insbesondere Japans, investiert. Um das Memorandum zu erfüllen, müssen gewisse sehr reale Interessen aufgegeben werden, und es ist natürlich, daß — soweit in diesen Gebieten vorwiegend japanisches und nur in sehr geringen Ausmaßen englisches Kapital angelegt ist — die Befriedigung der Bedürfnisse der chinesischen Militaristen auf Rechnung Japans und nicht Englands stattfinden wird. Folglich versucht England, mit Hilfe dieses Memorandums gleich mehrere Fliegen auf einen Schlag zu treffen: sich als Freund des revolutionären China zu zeigen, und zwar noch vor den anderen Imperialisten; die chinesische Reaktion zu unterstützen und sie für die Bekämpfung der Revolution zu stärken, und dies nicht für eigene Rechnung, sondern für Rechnung seine „Freunde“ durchzuführen. Es muß offen gesagt werden, daß dieses Memorandum einen prächtigen diplomatischen Schachzug des Foreign Office darstellt. Aber das Wesen dieser überschlauen Machenschaft beschränkt sich noch lange nicht auf die genannten „Aufgaben“. Es ist im wesentlichen auch ein weitgehendes Manöver zur Zersetzung der breiten Basis der revolutionären Bewegung. Das Memorandum ist bemüht, die nationale chinesische Bourgeoisie von der Revolution abzubringen, die ohnehin nicht sehr zuverlässigen Positionen dieser Bourgeoisie in ihrem Versuch zur Bekämpfung des fremden Imperialismus ins Wanken zu bringen. Was erstrebt gegenwärtig im wesentlichen die chinesische nationale Bourgeoisie mit ihrem Anschluß an die revolutionäre Bewegung? Sie erstrebt den Schutz ihrer Interessen, die durch das Auslandskapital vermittels der früher abgeschlossenen ungleichen Verträge bis aufs äußerste beschränkt worden waren; sie erstrebt zum mindesten eine gleichberechtigte Stellung im Verhältnis zum ausländischen Kapital in China; sie erstrebt die Möglichkeit zu existieren, was bisher von der vorherrschenden Stellung des ausländischen Kapitals, von seiner bevorrechteten Lage verhindert wurde. Würden sich solche Bedingungen herausbilden, die der

chinesischen nationalen Bourgeoisie eine Existenzmöglichkeit gewährten, die ihr die Möglichkeit gäben, zum mindesten auf gleichberechtigter Grundlage mit ihren Gegnern in Wettbewerb zu treten, dann würde ihr revolutionärer Kampfwille äußerst geschwächt, und sie würde unausbleiblich auf eine Einigung mit dem fremden Kapital eingehen. Bei eben dieser Fragestellung erscheint das englische Memorandum, das der chinesischen Bourgeoisie die grundlegenden Rechte auf eine mehr oder minder erträgliche selbständige Existenz zuerkennt, als eine ungeheure Bedrohung für die einheitliche breite Grundlage der revolutionären Bewegung in China, indem es versucht, die chinesische nationale Bourgeoisie dadurch von der Revolution abzuwenden, daß sie ihren Wunsch abschwächt, auch fernerhin durch Anwendung revolutionärer Methoden zu kämpfen. Dieser Versuch, durch Konzessionen an die chinesische nationale Bourgeoisie ihre Abspaltung von der revolutionären Bewegung und ihren tatsächlichen Uebergang in das Lager der Reaktion zu erreichen, ist die wichtigste Triebfeder dieses englischen Memorandums, dieses zeitgemäßen überschlauen Manövers des englischen Imperialismus in China, selbstredend neben dem Versuch, die Wachsamkeit der chinesischen revolutionären Kräfte einzuschläfern.

Was kann die Folge dieses Memorandums sein? Bei der Beantwortung dieser Frage müssen die grundlegenden Gedanken berücksichtigt werden, die wir beim Aufwerfen dieser Frage ausgesprochen hatten. Gewiß, es wird den englischen Imperialisten nicht gelingen, durch dieses Manöver die revolutionären chinesischen Arbeiter und Bauern zu betrügen. Die Arbeiter und Bauern in China kennen und begreifen genau die wahre englische Politik. Noch lebt in ihrem Bewußtsein die Erinnerung an die Erschießungen in Schanghai und Kanton, an die Metzerei in Wan-shien. Sie begreifen jetzt vorzüglich die Bedeutung des Wortes: „Fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen.“ Sie wissen jetzt ausgezeichnet, daß sie in England ihren schlimmsten Feind haben, der gerade infolge seiner ungeheuren imperialistischen Interessen in China nicht umhin kann, eine folgerichtige feindselige Politik in bezug auf die chinesische revolutionäre Bewegung zu treiben. Deswegen ist das Memorandum nicht imstande, sie von der richtigen Einschätzung der Lage abzubringen und ihr Bewußtsein soweit zu trüben, daß sie aufhören könnten, in England ihren unversöhnlichen Feind zu sehen.

Die nationale chinesische Bourgeoisie, für die in Wirklichkeit das Memorandum geschrieben wurde, um sie der revolutionären Bewegung zu entfremden, sollte ebenfalls die Geschichte nicht ganz aus den Augen verlieren. Trat doch England jedesmal gewissermaßen als Initiator von „Konzessionen“ an China auf, sobald die Lage der Imperialisten in China infolge der wachsenden revolutionären Bewegung für die Vertragsmächte, besonders aber für England offensichtlich ungünstig wurde und so das unkontrollierte Herumwirtschaften der Imperialisten in China bedroht war. So erhob sich beispielsweise schon einmal die Frage der Zollkonferenz, der Zollautonomie Chinas, der Revision der Ausländerexterritorialität gerade während des Aufstandes von Ho Sun-lin, als die Lage Tschang Tso-lins, dieser Hauptstütze der chinesischen Reaktion, kritisch wurde. Auch damals wurde, natürlich in mehr gemäßigtem Ton, weil Kanton dazumal noch nicht so stark war und noch keine direkte Bedrohung für den englischen Einfluß in Süd- und Mittelchina bedeutete, — von der Notwendigkeit gesprochen, in gewissen

Fragen China Entgegenkommen zu beweisen. Aber es genügte, daß Ho Sun-lin besiegt wurde und daß Tschang-Tso-lin — bereits nicht ohne Mitwirkung Japans — sich wieder erholte, damit die Zollkonferenz ihre Tätigkeit einstellte, die Exterritorialitätskommission sich ablehnend äußerte und alle Versprechungen der Imperialisten zurückgenommen oder vertuscht wurden. Dasselbe würde natürlich auch diesmal der Fall sein. Die chinesische Bourgeoisie könnte den leeren Versprechungen der Imperialisten auf den Leim gehen, um letzten Endes das Nachsehen zu haben. Allerdings wird England dabei kaum bedeutende Resultate erzielen können, obwohl selbstverständlich eine gewisse Abschwächung des Kampfwillens der nationalen Bourgeoisie stattfinden wird.

Angesichts der für Japan sich ergebenden Notwendigkeit, für alle englischen Maßnahmen aufzukommen, wird Japan wohl kaum auf seine sehr realen Interessen verzichten, um das für diesen Staat sehr problematische Recht zu erhalten, sich Chinas Freund nennen zu dürfen. Japan begreift im gegenwärtigen Augenblick nicht minder als England die Notwendigkeit, die reaktionären Elemente Chinas zwecks künftiger Aufrechterhaltung ihrer wichtigsten Interessen zu unterstützen. Aber Japan sieht diese Unterstützung nicht darin, den reaktionären Gruppierungen einen Ansporn zum unmittelbaren Kampf gegen den revolutionären Süden zu geben, weil es auf Grund früherer Erfahrungen weiß, daß in erster Linie England daraus Nutzen ziehen wird. Brachte doch der Versuch im Sommer 1925, die revolutionäre Bewegung in Schanghai zu unterdrücken, nur England Vorteile, das sich von der unmittelbaren Bedrohung seiner Interessen in Schanghai befreit sah, während für Japan und Tschang Tso-lin sich daraus der Aufstand Ho Sun-lins ergab, der fast den Untergang Tschang Tso-lins und das Ende des japanischen Einflusses in der Mandschurei, dieser wichtigsten Basis Japans in China, herbeigeführt hätte. Angesichts des ablehnenden Verhaltens der japanischen offiziellen Kreise gegenüber den abenteuerlichen Aktionen der Mukdener Generale gegen den Süden wird die japanische Regierung bestimmt nicht gewillt sein, dafür die Kosten zu tragen, besonders wenn in der Rolle des Chinafreundes vor allem England auftreten sollte, das in der Folge alle Früchte einheimen würde. Es ist klar, daß das Memorandum des Foreign Office auf starken japanischen Widerstand stoßen wird, was sich denn auch aus den ersten Nachrichten über die Bewertung des Memorandums durch Japan nach einer gewissen anfänglichen Unsicherheit ergibt. Es ist desgleichen klar, daß auch die anderen imperialistischen Mächte in China das Memorandum nicht besonders herzlich begrüßen werden, und daß sie nach Möglichkeit bemüht sein werden, ihm vermittels ebenso schlauer diplomatischer Spitzfindigkeiten entgegenzuarbeiten und seine ganze Bedeutung auf den Nullpunkt hinabzudrücken.

Nachdem England von allen seinen Gegnern, gegen die sich letzten Endes das Memorandum richtet, eine derartige Ablehnung erfahren hat, wird es wiederum isoliert bleiben, in eine Sackgasse geraten und aufs neue genötigt sein, nach ernsthaften Maßregeln gegen die chinesische revolutionäre Bewegung Umschau zu halten. Und es ist möglich, daß wieder eine blindwütige Hetze gegen China einsetzen wird, daß wieder die Frage der Notwendigkeit angeschnitten wird, „Schutz“ zu gewähren gegen „Piraten und Räuber, die durch ihre Handlungen Leben und Eigentum britischer Staatsbürger be-

drohen.“ Wieder wird die Frage aktuell werden, ob es notwendig sei, die eigenen bewaffneten Kräfte einzusetzen und die bewaffnete Einheitsfront der Imperialisten in China zu bilden. Wieder wird sich der verzauberte Kreis schließen, in dem sich England letztes in seiner Politik gegenüber dem revolutionären China dreht und in dem es sich auch so lange drehen wird, bis die Revolution endgültig gesiegt und die letzten Ueberbleibsel des Imperialismus aus China hinausgefegt hat.

CHRISTIAN HILT:
DIE OFFENSIVE DES REFORMISMUS
IN NORWEGEN

Die Entwicklung der norwegischen Arbeiterbewegung in der letzten Zeit ist von größter Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft Norwegens und hat auch eine gewisse Bedeutung für die ganze internationale Arbeiterbewegung. Alles, was in der norwegischen Arbeiterbewegung reformistisch ist, hat eine Einheitsfront gebildet, um seine Schläge gegen die revolutionären Arbeiter und vor allem gegen die an der Spitze derselben stehende Sektion der Komintern — gegen die KP Norwegens — zu richten. Der Syndikalist Martin Tranmael hat seine Renegatenlaufbahn beendet. Trotzdem seine Partei, die Norwegische Arbeiter-Partei (NAP), die größte unter den drei Arbeiterparteien Norwegens ist, hat er die Schicksale seiner Partei mit der Sozialdemokratie verbunden, unter der Mitwirkung der reformistischen Führung seiner Partei, aber gegen die Stimmung der revolutionären Elemente, — ohne nach deren Willen zu fragen. An der Durchführung der Vereinigung der NAP mit der norwegischen Sozialdemokratischen Partei hat auch die reformistische Führung der Gewerkschaftsbewegung unter dem bisher „parteilosen“ Vorsitzenden des norwegischen Gewerkschaftsbundes, Halvard Olsen, aktiv teilgenommen. Jubel herrscht im sozialdemokratischen Lager, und es ist ohne weiteres klar, daß die gesamte Bourgeoisie sich dem Jubelchor anschließt, in voller Erkenntnis der Stärkung, die es für die norwegische Kapitalistenklasse bedeuten wird, wenn die reformistischen Kräfte der Arbeiterbewegung mit ihr in gemeinsamer Front gegen die revolutionären Arbeiter und gegen die KPN auftreten.

Einige Tatsachen über die letzten Ereignisse innerhalb der norwegischen Arbeiterbewegung:

Schon im Frühsommer vorigen Jahres wurden die Spitzenverhandlungen geheim, später offen, zwischen den Vertretern der NAP und der NSP über die Vereinigung der beiden Parteien in Angriff genommen. Unter dem Druck der beiden Parteileitungen hat später auch die Leitung der gewerkschaftlichen Landesorganisation ihre Vertreter in das bereits gebildete Vereinigungskomitee geschickt. Die KPN ist konsequent ihrer alten Linie in der Vereinigungsfrage gefolgt und hat statt einer eng parteimäßigen Sammlung die Klassensammlung aller Werktätigen auf Grund und im Rahmen einer Labour Party vorgeschlagen. Die Forderung unserer Partei an die Gewerk-

schaftsleitung, die Initiative in dieser Hinsicht zu ergreifen, hat diese ohne weiteres abgelehnt. Gewiß haben die Bestrebungen der Kommunistischen Partei einige Oppositionsströmungen in den Massen der NAP hervorgerufen, die die Zusammenarbeit mit der KPN in der Frage der Sammlung der Arbeiter forderten. Es ist Tranmael jedoch gelungen, diese Oppositionsbewegung durch rücksichtslose organisatorische Maßnahmen und durch grenzenlose Demagogie zeitweilig niederzuhalten. Jetzt ist die Vereinigungsarbeit der Reformisten so weit gediehen, daß auf dem Papier alles zum Vollzug der sozialdemokratischen Sammlung bereit steht. Die von dem vereinigten Komitee ausgearbeiteten und von den Parteileitungen der NAP und NSP angenommenen Statuten, Richtlinien und das Programm für die neue Partei sind schon da, wie auch die Einladung zum Vereinigungskongreß, der Ende Januar stattfinden wird. Man hat alles getan, um jeden kommunistischen Mißton vom Kongreß fernzuhalten. Die Einladung enthält nämlich Bedingungen, auf Grund deren es für die Kommunisten unmöglich gemacht werden soll, auf dem Kongreß vertreten zu sein. Die Bedingungen besagen, daß auf dem Vereinigungskongreß alle politischen und gewerkschaftlichen Vereine vertreten werden können, die früher entweder der NAP oder der NSP angeschlossen waren, aber auch alle anderen politischen und gewerkschaftlichen Vereine, die außerhalb dieser beiden Parteien stehen, die von vornherein (wohlgemerkt!) die Statuten, Richtlinien und das Programm der neuen Partei gutheißen und die die Mitgliederbeiträge für das erste Vierteljahr 1927 vorschußweise bezahlen. Weiter ist ausdrücklich gesagt, daß keine Fraktionen und Gruppierungen in der neuen Partei geduldet werden können.

Die Vereinigung der NAP und NSP ist für Tranmael infolge der ganzen geschichtlichen Entwicklung der norwegischen Arbeiterbewegung keine einfache Aufgabe gewesen. Kaum in einem einzigen Lande in Westeuropa hat sich die Arbeiterklasse mit so starken Banden der Sympathie und Solidarität der russischen Revolution und der KI verbunden gefühlt wie in Norwegen, und deshalb mußte Tranmael seine ganze strategische Kunst aufbieten, um seine Partei geschlossen der Sozialdemokratie zuzuführen. Er manövrierte nach folgenden vier Hauptpunkten:

1. Die Abschwächung der Opposition gegen die Vereinigung mit der Sozialdemokratie ist dadurch zustande gekommen, daß die NSP vorläufig aus der Zweiten Internationale austritt und die sozialdemokratische Vereinigung ohne jede internationale Verbindung bleibt. Dies ist jedoch nur eine scheinbare Konzession seitens der Sozialdemokraten. Selbst Friedrich Adler, der vor kurzem in Norwegen war, hat dieses vorläufige Heraustreten im Namen der Leitung der Zweiten Internationale sanktioniert, und aus den Äußerungen und Erklärungen der Führer der NSP geht deutlich hervor, daß sie sehr bald ihre Forderung, daß die vereinigte Partei der Zweiten Internationale beitrifft, geltend machen werden.

2. Es wird auch der Gewerkschaftsbewegung eine scheinbare Konzession gemacht dadurch, daß man zugesagt hat, daß die Gewerkschaften ihre Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet behalten, ferner daß ein gemeinsames paritätisches Komitee aus Vertretern der Gewerkschaften und der neuen Partei gebildet wird. Das hindert jedoch nicht, daß die vereinigte Sozial-

demokratische Partei versuchen wird, die gewerkschaftlich organisierten revolutionären Arbeiter in ihr reformistisches Schlepptau zu nehmen.

3. Tranmael hat sich verpflichtet, als Gegengabe für die von den Sozialdemokraten gemachten Scheinkonzessionen, sich dem Anschluß der Gewerkschaften an Amsterdam nicht zu widersetzen.

4. Und endlich hat Tranmael versucht, die KPN in den Augen der Arbeiter zu diskreditieren, die rechten Genossen aus der KPN in die sozialdemokratische Parteivereinigung hineinzuziehen und die KPN zu spalten.

Das Manöver mit den vier angeführten Hauptpunkten brachte jedoch große Schwierigkeiten für die reformistischen Führer mit sich. Es ist zwar anzunehmen, daß die oppositionellen Strömungen im linken Flügel der NAP gegen die sozialdemokratische Parteivereinigung insofern im Moment geschlagen sind, als sie vorläufig keine Spaltung herbeiführen können. Der Redakteur der Tranmael-Partei, Jakob Friis, der zuerst eine sehr kritische Stellung gegenüber der Vereinigung eingenommen hat, hat sich schon über den Programmentwurf sehr anerkennend ausgesprochen. Daß der tranmaelitische Jugendverband vorläufig außerhalb der Parteivereinigung bleibt, muß auch mehr als taktischer Schritt denn als Ausdruck des prinzipiellen Widerstandes gegen die Vereinigung betrachtet werden. Was aber die Lage der Gewerkschaftsbewegung und ihr Verhältnis zu der neuen Partei anbelangt, so werden diese Schwierigkeiten nicht so leicht zu überwinden sein.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß im September 1925 haben die Reformisten eine sehr ernste Niederlage erlitten. Ein Vorschlag zum Anschluß an Amsterdam wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt und anstatt dessen wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, sich dem englisch-russischen Einheitskomitee anzuschließen. Der Beschluß des Anschlusses des Gewerkschaftsbundes an das Arbeitsamt des Völkerbundes wurde annulliert. Die gegenseitige Vertretung des Sekretariats des Gewerkschaftsbundes einerseits und der Zentrale der NAP andererseits wurde aufgehoben, und der Kongreß hat den Antrag der Sozialdemokraten angenommen, der den Gewerkschaften empfiehlt, den kollektiven Anschluß an die politischen Parteien, d. h. an die NAP, allmählich aufzuheben.

Die Linie der sozialdemokratischen Parteivereinigung auf dem Gewerkschaftsgebiet kann deshalb nicht durchgeführt werden, ohne daß die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses verletzt werden. Das letzte Vorgehen der reformistischen Führer läßt jedoch vermuten, daß sie vor einem solchen Bruch nicht zurückschrecken. Auf der skandinavisch-baltischen Konferenz im Dezember 1926 in Stockholm hat sich die Mehrheit des Sekretariats des norwegischen Gewerkschaftsbundes durch seine Stimme dazu verpflichtet, den Anschluß an Amsterdam zu propagieren. Auf der Vollsitzung des Generalrats des norwegischen Gewerkschaftsbundes, die sofort nach der Stockholmer Konferenz in Oslo zusammentrat, haben die Reformisten einen Beschluß betreffend die internationalen Beziehungen durchgepeitscht, der ganz konkret den Weg nach Amsterdam weist. Eine solche Handlung wird von der großen Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als eine Herausforderung betrachtet werden, und diese Herausforderung wird sicher den Oppositionsblock, der schon innerhalb der Gewerkschaftsbewegung existiert, in bedeutendem Maße verstärken.

Was den Versuch der Tranmaeliten betrifft, eine Spaltung der KPN herbeizuführen, so sind ihre Anstrengungen, wenigstens bis jetzt, ohne positive Erfolge geblieben. Es ist jedoch nicht zu verneinen, daß die Aussichten der Verwirklichung der sozialdemokratischen Parteivereinigung bei gewissen rechtsstehenden Elementen innerhalb der KP Norwegens bedeutende Schwankungen hervorgerufen haben.

Was ist denn die Ursache davon, daß die Norwegische Arbeiter-Partei gerade jetzt den Zeitpunkt für die Durchführung der Vereinigung mit den Sozialdemokraten für gekommen hielt? Die Ursache hat der parlamentarische Führer der NAP Alfred Madsen ausgeplappert: In einer Artikelserie spricht er nämlich sehr begeistert über die großen Möglichkeiten der Parlamentsarbeit nach vollzogener Vereinigung. Nach seiner Berechnung wird die vereinigte Sozialdemokratische Partei die größte Gruppe im Parlament darstellen, und die Bildung einer sozialdemokratischen Arbeiterregierung in Norwegen wird in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Die Parlamentswahlen werden im Herbst 1927 stattfinden, und wahrscheinlich phantasieren die norwegischen Sozialdemokraten schon von den Ministerseßeln. Sie sind ja die einzigen Sozialdemokraten in den skandinavischen Ländern, die noch nicht die Gelegenheit gehabt haben, durch ihre Regierung der Kapitalistenklasse des Landes behilflich zu sein.

Welche Perspektiven gibt es dann für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Norwegen? Ist es wahrscheinlich, daß es den vereinigten Reformisten gelingen wird, die Arbeitermassen unter ihrem Einfluß zu behalten? Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, die ökonomische Lage Norwegens zu analysieren. Norwegen ist noch in überwiegendem Maße auf die Landwirtschaft angewiesen, die Industrie ist schwach entwickelt. Große industrielle Betriebe gibt es nur in kleinem Maßstabe. Die Industrie, die Landwirtschaft, der Staat und die Gemeinden haben seit den Kriegsjahren gewaltige Schulden, die als Folge der starken Deflation im letzten Jahre eine tiefgreifende ökonomische Krise hervorgerufen haben. Die Arbeitslosigkeit ist heute größer als im Krisenwinter 1921/22, und die Anzahl der Arbeitslosen steigt mit jeder Woche. Die Anzahl der armen Bauern, die ihr Eigentum verlieren, weil sie ihre Schulden nicht bezahlen können, wird immer größer. Die Kapitalistenklasse hat ihre Lage zu stabilisieren versucht durch Millionenzuschüsse an die Privatbanken, durch eine rücksichtslose Steuerpolitik, durch Reduzierung der Löhne der Arbeiter und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die reformistische Leitung der Gewerkschaftsbewegung und die zwei sozialdemokratischen Parteien haben die Kapitalistenklasse faktisch gestützt in der Förderung der Stabilisierung des Kapitalismus. Die meisten gewerkschaftlichen Konflikte in den drei letzten Jahren haben die Arbeiter gegen den Willen ihrer eigenen Führer durchkämpfen müssen. Im Januar 1927 fangen die Verhandlungen über die neuen Kollektivverträge an, und eine Reihe hervorragender Führer in der Gewerkschaftsbewegung haben schon die Notwendigkeit neuer Lohnreduktionen betont. „Die Industrie bedarf einer Atempause,“ das ist ein allgemeines Schlagwort im Munde der gewerkschaftlichen Reformisten geworden. Die Zuspitzung der ökonomischen Krise und der Klassengegensätze wird daher mit Notwendigkeit dazu führen, daß die Kluft zwischen den reformistischen Führern und den Arbeitern mehr und mehr vertieft wird. Man

muß auch damit rechnen, daß die Vereinigung der zwei sozialdemokratischen Parteien den Beginn von scharfen Konflikten und einem systematischen fraktionellen Kampf um Positionen und Personen innerhalb der neuen Partei bedeuten wird.

Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Norwegens besteht darin, alle ehrlichen revolutionären Elemente unter den Arbeitern dem Einfluß der reformistischen Führer zu entziehen, die breiten Massen der Werk-tätigen herauszureißen aus der Passivität, ihre demokratischen Illusionen zu zerstören und eine einheitliche Kampffront gegen die vereinigten Reformisten und Kapitalisten zustande zu bringen. Die objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung der norwegischen Kommunistischen Partei zu einer Massenpartei, die die Kämpfe der Arbeiter und der armen Bauern für ihre Existenz leiten kann, sind nicht schlecht und werden mit der Verschärfung der ökonomischen Krise mit jedem Tage besser. Einheitliches und energisches Auftreten unserer Partei vor, während und nach dem Vereinigungskongreß der Sozialdemokraten ist die Vorbedingung zum Erfolg des revolutionären Kampfes gegen die Offensive des Reformismus.

SEN KATAYAMA:

DIE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG IN CHINA UND DIE LAGE JAPANS

Der ständige Fortschritt der revolutionären Bewegung in China läßt das imperialistische Japan erzittern. Japan sieht, wie das einst mächtige Großbritannien schnell seinen Einfluß verliert und angesichts des Fortschrittes der revolutionären Kanton-Armee zurückweicht, und Japan fühlt, daß es bald gleichfalls an der Reihe sein wird. Der Boykott Kantons gegen die britischen Waren erwies sich als die mächtige Waffe einer schwächeren Partei, die Großbritannien auf die Knie zwang. Jede Produktion seitens Großbritanniens kostete es eine schwere Sühne. Dies war der Fall bei der Schießerei auf der Nanking-Straße, beim Gemetzel von Chamin und bei der Bombardierung von Wan-hsien. All dies gab den Chinesen neuen Ansporn für ihre revolutionäre Bewegung und stärkte den Kampf Chinas um Freiheit und Befreiung. Es ist kein Wunder, daß Japan in der Sache der britischen Intervention Neutralität bewahrt, selbst wenn Großbritannien es mit reichen Versprechungen auf Beute in China zu verlocken sucht, und daß sich Japan in bezug auf seine Stellung in der Mandschurei immer unbehaglicher fühlt.

Japans Stellung in den Ländern des Stillen Ozeans ist jetzt völlig isoliert. Japan ist von feindlichen Ländern umgeben. Schon längst hat Amerika den Japanern seine Türen verschlossen. Japans treue Dienste als Wachhund für Großbritannien während des letzten Weltkrieges wurden durch Amerika auf der Konferenz von Washington zum Abschluß gebracht. Amerika zwang Großbritannien, das Bündnis zwischen Japan und Großbritannien zu brechen, eine Tatsache, die Großbritannien jetzt zu bedauern scheint, da der

Fortschritt der chinesischen Revolution den britischen Einfluß am Jangtsekiang ins Herz trifft. Aber Japan kann nicht mit Großbritannien in China zusammenarbeiten, und zwar einfach deshalb nicht, weil es sich vor der revolutionären Bewegung Chinas fürchtet. Die Angst vor der Revolution und die Angst vor dem Verluste seines Einflusses in der Mandschurei haben Japan veranlaßt, sich ruhig zu verhalten und gegenüber der britischen Intervention Neutralität zu bewahren.

Japan hat im eigenen Lande nicht jene Naturschätze, die die moderne Industrie erfordert und muß daher Rohstoffe aus feindlichen Ländern beziehen. Das ärgste dabei ist, daß es die auf diese Weise hergestellten Gegenstände auf den fremden Märkten in den gleichen feindlich gesinnten Ländern verkaufen muß. Japan erhält Baumwolle aus Amerika, China und Indien und muß Baumwollwaren nach China und Indien verkaufen, und nun bauen diese beiden Länder schnell ihre eigene Baumwollindustrie auf. China hat in seiner Baumwollindustrie schnelle Fortschritte gemacht. Im Jahre 1923 gab es in China 119 Baumwollfabriken mit 3 581 000 Spindeln, davon 2 112 000 im Besitze von Chinesen und der Rest im Besitze von Japanern und Briten. 195 890 Arbeiter waren in diesen Fabriken beschäftigt. Insgesamt wurden $5\frac{1}{2}$ Millionen Piculs Baumwolle verbraucht und annähernd $1\frac{1}{2}$ Millionen Ballen Garn hergestellt. Im Jahre 1919 hatte China nur 29 Baumwollfabriken mit 659 752 Spindeln aufzuweisen gehabt. China besitzt Baumwolle und billige Arbeitskräfte in unbegrenztem Ausmaße. Japan kann nicht mit China konkurrieren und daher geht Japans Baumwollindustrie einer schwierigen Zukunft entgegen. Japan mußte im Jahre 1925 Baumwolle im Werte von 923 Millionen Yen für $5\frac{1}{2}$ Millionen Spindeln einkaufen.

Japan ist als Industrieland wegen des Mangels an Rohstoffen in einer sehr schlechten Lage. Es hat bei der Lebensmittelversorgung große Schwierigkeiten. Es kann nicht genügend Lebensmittel für seine ständig wachsende Bevölkerung, deren jährlicher Zuwachs 600 000 bis 700 000 beträgt, im eigenen Lande beschaffen. Japan ist bereits überbevölkert und kann seine überschüssige Bevölkerung nirgends unterbringen. Amerika, die britischen Dominions und die Kolonien haben den Japanern ihre Tore verschlossen. Zwar findet gegenwärtig eine gewisse Auswanderung von Japanern nach Brasilien in die Kaffeeplantagen statt, doch wird dieser Einwanderung bald unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten (Monroe-Doktrin) ein Ende gesetzt werden. Japan wird unter dem kapitalistischen System nicht imstande sein, seine Bevölkerung zu ernähren. Nur die sozialistische Revolution wird dies tun, denn die sozialistische Revolution wird das im Besitze des Mikado und der reichen Großgrundbesitzer befindliche Land freimachen. Das japanische Volk kann nur auf die soziale Revolution hoffen, die die Herrschaft des Adels, der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und ihrer Lakaien und Schmarotzer hinwegfegen wird.

Japans Handelsbeziehungen mit China sind sehr enge, was durch die geographische Nähe begünstigt wird, und jahrhundertlang hat Japan die chinesische Kultur angenommen und ihr in Wissenschaft und Literatur und sogar im sozialen Leben Gefolgschaft geleistet. Die wirtschaftlichen Beziehungen Japans mit China sind enger als jene mit irgendeinem anderen Lande. Trotz des Bürgerkrieges und des Boykotts sind die Handelsbe-

ziehungen Japans mit China im Vergleiche mit jenen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten sehr bedeutend. Die nachstehende Tabelle zeigt die Stellung dieser Länder:

Einfuhr nach China

Länder	Millionen Dollars			In Prozenten der Einfuhr nach China		
	1913	1923	1924	1913	1923	1924
Großbritannien	96	120	126	16,5	12,7	12,1
Vereinigte Staaten	35	154	190	6,0	16,3	18,3
Japan	119	211	234	20,3	23,2	22,6

Obige Tabelle zeigt die Beziehungen vom Standpunkte der Einfuhr nach China aus gesehen, nachstehende Tabelle zeigt die Beziehungen vom Standpunkte der Ausfuhr Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Japans aus gesehen.

Ausfuhr nach China 1924

Länder		Gesamtausfuhr	Prozentsatz der Ausfuhr nach China
Japan (1000 Yen)	348,398	1,807 034	19,3
Großbritannien (1000 £)	20,353	935 514	2,2
Vereinigte Staaten (1000 Dollar)	109,188	4,590 982	2,4

Obige Zahlen beweisen, daß sowohl Großbritannien wie die Vereinigten Staaten nur einen sehr geringen Teil ihrer Ausfuhr nach China lenken (nur etwas über 2 Prozent ihrer Gesamtausfuhr), während Japan mehr als 19 Prozent seiner Gesamtausfuhr in China unterbrachte, und dieser Prozentsatz noch weiter steigt. Im Jahre 1925 betrug die Ausfuhr aus Japan nach China 648 438 000 Yen von einer Gesamtausfuhr von 2 305 589 000 Yen, also mehr als 20 Prozent. In den ersten acht Monaten des Jahres 1926 wuchs die Ausfuhr Japans nach China um ungefähr 18 Millionen Yen an, während die Einfuhr Japans aus China um $9\frac{1}{2}$ Millionen stieg. Dies beweist, daß die Bürgerkriege in China den Handel Japans mit China nicht treffen. Es ist also Japans Stellung in bezug auf China sehr wichtig, und besonders wichtig ist Japans Einfuhr von Rohstoffen, wie Lebensmittel, Baumwolle, Eisenerz usw. aus China sehr wichtig. Japan hat versucht, seine Loyalität gegenüber China vor kurzem auf der Zollkonferenz in Peking und in der aus dem Bürgerkriege hervorgegangenen Lage durch Nichtunterstützung Großbritanniens zu beweisen. Aber so lange Japan die südmandschurische Eisenbahn mit allen Konzessionen festhält, wird es niemals Chinas Freundschaft erlangen. Japan weiß dies sehr gut. Seine Unterstützung Tschang Tso-lins und seine Interessen in der Mandschurei und der Mongolei sind durch die Fortschritte der revolutionären Bewegung bedroht, und deshalb fühlt es sich mit Recht sehr unbehaglich. Japan hegt eine noch größere Furcht, nämlich die vor dem ständig wachsenden Einfluß der russischen Revolution in China. Dieser Einfluß, der ganz China und das chinesische Volk durchdringt, macht Japan unruhig und aufgeregt. Japans Zukunft in der Mandschurei hängt von dem kommenden Kampfe zwischen dem Weltkapitalismus und den Kräften der Weltrevolution in China ab. Ein mächtiger Kampf zwischen diesen beiden großen Grundsätzen und Kräften wird unvermeidlich in China eintreten und zu einem neuen Weltkriege führen. Japans Stellung im kommenden Kampfe wird eine sehr heikle sein.

Im kommenden neuen Weltkriege ist Japans Stellung noch nicht klar zu ersehen. Japan mag wünschen, gegen die Vereinigten Staaten loszuschlagen, denn es wurde von diesen seit dem Jahre 1905 beschimpft und mißhandelt,

angefangen von der Schulkinderfrage in San Franzisko bis zum Höhepunkte des amerikanischen Einwanderungsgesetzes vom Mai 1924, das die Japanesen und die Asiaten aus den Vereinigten Staaten ausschloß. Großbritannien mag Japans Unterstützung in kommenden Konflikten mit den Vereinigten Staaten wünschen. Der Konflikt zwischen beiden Ländern wird früher oder später kommen und um die wirtschaftliche Vorherrschaft in der Welt gehen. Manche Optimisten sagen, daß die beiden Länder im kommenden neuen Weltkriege zusammenarbeiten werden. Politisch und rassenmäßig mögen beide Länder wünschen, zusammen in den neuen Weltkrieg hineinzugehen, wie dies im letzten der Fall war, aber der wirtschaftliche Gegensatz zwischen diesen Ländern, der sich im internationalen Handel und in der Industrie entwickelt hat, wird sich nicht freundschaftlich erledigen lassen. Die Tage der Blütezeit des britischen Weltreiches sind angesichts des ständigen Fortschrittes der Vereinigten Staaten gezählt!

Wenn Japan auf seiten Großbritanniens gegen die Vereinigten Staaten im Kriege zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten kämpft, muß es auf dem Stillen Ozean kämpfen. Werden Australien, Neuseeland und Kanada mit Japan gegen die Vereinigten Staaten kämpfen? Ohne Zweifel werden die Staatsmänner von London versuchen, die Staatsmänner der britischen Dominions zu überreden, dies zu tun, aber die Interessen letzterer sind mit jenen der Vereinigten Staaten und gegen Japan identisch, und überdies wird Kanada nicht mehr einen Bestandteil des Britischen Reiches bilden, wenn der Krieg erklärt werden wird. Kanada mag entweder von den Truppen der Vereinigten Staaten besetzt werden, — oder sich den Vereinigten Staaten freiwillig anschließen. Wenn letzteres der Fall sein sollte, werden die kanadischen Soldaten gegen die Japaner kämpfen. Australien und Neuseeland werden Singapore verteidigen und versuchen, Lebensmittel nach Großbritannien zu senden, Indien wird in dem Kriege zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten niemals eine Hilfe für Großbritannien sein! Angesichts einer derartigen Aussicht des Kampfes wird sich Japan, wenn es kaltblütig bleibt, nicht so leicht Großbritannien anschließen und einen verlorenen Kampf führen.

Wenn der Krieg zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten vor einem neuen Weltkriege kommen sollte, der gegen die Sowjetunion gerichtet wäre, so ist es das allerbeste für Japan, strenge Neutralität zu bewahren. Großbritannien wird sicherlich geschlagen werden, so lange nicht irgend etwas Außerordentliches den einen oder anderen Kriegführenden trifft, das Großbritannien helfen wird. Es eröffnen sich zwei Möglichkeiten für Japan, wenn dieses klug genug ist, eine solche Neutralität zu bewahren und abzuwarten, wie sich das Kriegsglück wendet. Wenn die Vereinigten Staaten siegreich aus dem Kriege hervorgehen, werden sie sich für die amerikanischen Märkte nahegelegene Beute holen, wie Mittel- und Südamerika, Kanada und Afrika und möglicherweise Indien oder andere britische Kolonien. Es wird für die Vereinigten Staaten allzu umständlich sein, ihren Einfluß auf Australien und Neuseeland zu erstrecken. Wenn Großbritannien den Krieg gegen die Vereinigten Staaten gewinnt, wofür die Aussichten 1 : 1000 sind, dann weiß Japan, was es zu tun hat. Man denke daran, mit welchen geriebenen Mitteln der Imperialismus der Vereinigten Staaten die Gebiete von

Texas in früheren Zeiten und von Panama in den letzten Zeiten erworben hat. Kanada wird zunächst darankommen.

Japans internationale Lage ist in der Tat düster! Der Krieg zwischen China und Japan hat Japan 200 Millionen Yen gekostet. Es hat diesen Krieg mit eigenen Mitteln und Ersparnissen geführt. Der russisch-japanische Krieg hat Japan 1452 Millionen Yen mit geborgtem Gelde (Innenschulden 480 Millionen, Außenschulden 800 Millionen) gekostet. Der Weltkrieg ließ Japan im Trüben fischen und sich schnell bereichern. Japan wurde ein wahrer Kriegsgewinner in der Rüstungsindustrie, wobei es den Vorteil hatte, einer von den Alliierten zu sein. Seine internationalen Rechnungen betragen 2800 Millionen Yen zu seinen Gunsten, das ist ein Nettogewinn des Handels und anderer Einkommen in den Jahren 1915 bis 1918. Aber nach dieser Blütezeit im Kriege setzte eine Depression mit der großen Finanzkatastrophe des Jahres 1920 und dem großen Erdbeben von 1923 ein, wodurch Japan wieder zu der alten anleihenmachenden Nation und zu einem finanziell fast ruinierten Lande wurde. Erst innerhalb des letzten Jahres hat sich Japans Wirtschaftslage gebessert, und es ist eine zeitweise Stabilisierung eingetreten, nachdem die Regierung einschneidende Sparmaßnahmen vorgenommen und die wirtschaftlichen Verluste auf die Schultern des Proletariats und der Bauernschaft abgewälzt hatte, indem sie die Löhne abbaute und die Arbeitszeit verlängerte. In einem gewissen Ausmaß lebt die Industrie Japans wieder auf, wie dies die steigende Anzahl städtischer Lohnarbeiter beweist: Im Juni 1923 betrug die Anzahl der Fabrik-, Bergwerks- und anderer Industriearbeiter 4 161 000, im Dezember 1924 3 958 000, im Juni 1925 4 349 000 und im Juni 1926 4 690 000, ein Zuwachs von 732 000 seit 1924 und von 342 000 seit 1925. Dabei schreitet die Vertrustung und die Rationalisierung der Banken und der Industrien weiter, was eine schärfere Ausbeutung der Arbeitskraft und ein relatives Anwachsen der Arbeitslosenzahl herbeiführt.

An Zeichen der wirtschaftlichen Erholung sind folgende hervorzuheben: Die staatlichen Stahlwerke in Yawata kündigten in den ersten neun Monaten 1925 790 Millionen Yen und in den ersten neun Monaten 1926 1013 Millionen Yen als Eigenkapital an. Der Wert des Yen ist von 38 Dollar auf 49 Dollar gestiegen. Der Zinsfuß der Bank von Japan wurde vor kurzem herabgesetzt. Das Staatsbudget Japans ist von 1598 auf 1700 Millionen Yen für das Jahr 1927 gesteigert worden. Aber dies ist eine Summe, die erst vom kommenden Parlament bestätigt werden muß. Die wirklichen Ausgaben der Regierung werden viel größer sein, da sie für das Jahr 1926 auf 3042 Millionen Yen und die öffentlichen Budgets auf 1375 Millionen Yen geschätzt werden. Das Volk wird daher schwer besteuert, und die schwerste Bürde fällt auf die Schultern des Proletariats und der Bauernschaft. Ein großer Teil der Steuereinnahmen wird für Bewaffnung und Kriegsrüstungen ausgegeben.

Der Außenhandel Japans hatte im Jahre 1926 mit guten Aussichten eingesetzt, aber die ersten neun Monate des Jahres 1926 zeigen ein düsteres Bild, weil der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr mehr als 400 Millionen Yen beträgt, was mehr ausmacht, als in den letzten Jahren. Der Außenhandel Japans ist besonders auf die Ausfuhr angewiesen, weil Japan, wie bereits bemerkt, Rohstoffe einführen muß. Dies ist um so mehr der Fall, als die Industrie ständig gewachsen und der Außenhandel seit 1919 von 4,2 Mil-

liarden auf 4,87 Milliarden im Jahre 1925 gestiegen ist. Dies beweist das Ausmaß der Industrialisierung des Landes.

Japan ist bis zum Weltkriege ein Paradies für den Kapitalismus gewesen, aber der Weltkrieg hat viele Veränderungen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen, und vor allem hat eine Teuerung eingesetzt. Die Folgen davon sind Arbeiterstreiks und Sabotage gegen die Ausbeuter in großer Zahl und von langer Dauer und ebenso erbitterte Kämpfe, die oft in Revolten und Blutvergießen endeten. Die steigende Welle der Arbeiterbewegung, das Anwachsen der Gewerkschaften und Bauernorganisationen, und die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern gegen die Ausbeuter sind dafür kennzeichnend. 500 Gewerkschaften mit ungefähr 340 000 Mitgliedern kämpfen gegen die Unternehmer, die immer von reaktionären Regierungen und faschistischen Organisationen Unterstützung erhalten. Ungefähr 150 000 Gewerkschaftsmitglieder werden praktisch von der linken Gewerkschaftszentrale Hyogikai geführt. Die Arbeiterklasse und die Bauern sind in einer politischen Partei unter dem Titel Arbeiter- und Bauernpartei organisiert. Vor kurzem haben die rechten Elemente die Partei verlassen, und diese wird von den linken Gewerkschaften und von der linksorientierten Bauerngewerkschaft beherrscht, die über 75 000 Familien mit 350 000 Mitgliedern umfaßt. Die Gewerkschaften teilen sich in rechte, zentristische und linke, die einander bekämpfen. Die rechten Gewerkschaftsführer arbeiten mit der Regierung gegen die Linke zusammen, aber die letzte Entwicklung zeigt ein Uebergewicht der linken Gewerkschaften, denn die Presse berichtet, daß die Reichsorganisation der Suiheisha sich endgültig der Arbeiter- und Bauernpartei angeschlossen hat. Diese Organisation umfaßt 200 000 Mitglieder, von 2 Millionen der unterdrücktesten und ausgebeutetesten Kaste des Landes. Die linken Gewerkschaften setzen sich zusammen aus der Hyogikai (37 000 Mitglieder), dem Proletarischen Jugendverband (17 000), dem Massenerziehungsverband (3000), dem proletarischen Suiheisha-Verbande (3400), der die Vorhutorganisation der Suiheisha von ganz Japan ist, und aus dem vor kurzem organisierten Reichsverbande der Angestellten (ungefähr 10 000) usw. Ungefähr 100 000 organisierte Linke werden mit dem Bauernverbande Nomin Kumiai (75 000 Mitglieder) und der Seito Domei, dem Verbande der Töpfer (3500), zusammengehen. Dazu kommen noch die Mitglieder der Suiheisha und die Arbeiter- und Bauernpartei, was eine starke linke Tendenz in der proletarischen Bewegung bilden wird.

Um der Arbeiterpartei der rechten Gewerkschaften, die von der rechten Gewerkschaftszentrale Sodomei geplant wird, entgegenzuwirken, hat die Hyogikai den Verband für Gewerkschaftseinheit (10 000 Mitglieder) unter der Bezeichnung Zenekoku Hyogikai im Oktober 1926 organisiert. Die linken Gewerkschaften haben also trotz Unterdrückung und Verfolgung und trotz des Massenaustritts der rechten Gewerkschaften aus der Arbeiter- und Bauernpartei, in der nur zwei Gewerkschaften zurückblieben, prächtig gearbeitet, und jetzt hat diese Arbeiter- und Bauernpartei bessere Aussichten, zu einer Massenpartei zu werden. Es ist aber ein erbitterter Kampf zwischen den rechten und den linken Gewerkschaften in der Zukunft zu erwarten. Die Linken sind besser gerüstet und haben eine bessere Taktik, die auf einer gesunden Politik basiert und in solchen Losungen zum Ausdruck kommt.

wie: „Einheitliche proletarische Partei“, „Gewerkschaftseinheit“ usw. Zugleich haben die Linken gegen die Ausbeuter und gegen die Regierung zu kämpfen. Letztere wird die Arbeiter- und Bauernpartei bedrängen und sogar unterdrücken, wenn diese in ihrer linken Politik auch nur ein wenig zu weit geht. Und die Arbeiter- und Bauernpartei hat auch gegen die Rechten zu kämpfen, die mit den reaktionären Kräften des Landes zusammenarbeiten.

Wie oben festgestellt, stößt die wachsende Flut der Arbeiterbewegung und der schnell erwachenden Massen, die sichtlich der linken Tendenz zugeneigt sind, auf den Widerstand der reaktionären Behörden, die den Versuch machen, die Arbeiterbewegung durch eine Spaltungspolitik und durch die Unterdrückung der Linken zu schwächen, während sie die Rechten unterstützen und verschiedene Maßnahmen der Sozialreform und des allgemeinen Wahlrechtes treffen, um die Massen für die Regierung zu gewinnen, zugleich werden verschiedene Unterdrückungsmaßnahmen zur Vernichtung der radikalen und kommunistischen Bewegung getroffen, wie das Gesetz zur Sicherung der Ruhe und Ordnung usw. Gerade jetzt bereitet sich die Regierung für die Neuwahlen vor, die nach dem neuen Wahlgesetz durchgeführt werden. An Stelle von vier Millionen Wählern werden nunmehr 12 Millionen an den Wahlen teilnehmen. Die Arbeiter und Bauern üben zum ersten Male politische Rechte aus. Die Regierungspartei Kensekai hat jetzt keine Mehrheit im Parlament. Die Opposition ist in zwei Parteien gespalten, in die Seiyukai und in die Seiyuhonto. Sie versuchen jetzt zusammenzugehen, um die Regierung zu bekämpfen. Angesichts dieser Umstände ist die politische Lage verwickelt. Im Volke herrscht Unruhe. Die Bauern sind erwacht, ihre Kämpfe nehmen zu und schlagen oft in rebellische und blutige Zusammenstöße um. Vor kurzem haben die Bauern eine Massenkundgebung organisiert mit den Losungen: „Recht auf Bebauung des Bodens“, „Organisations- und Streikrecht“ usw. An dieser Kundgebung haben mehr als 400 000 organisierte Bauern im ganzen Lande teilgenommen. Die Regierung versuchte, sie zu unterdrücken, viele Hunderte wurden verhaftet, aber es sprangen viele neue für sie in die Bewegung ein.

Die herrschende Klasse ist bemüht, sich an der Macht zu halten. Die Massen nehmen schnell an Macht zu. Um sie zu unterdrücken und sie der herrschenden Klasse gefügig zu machen, werden sowohl Reformmaßnahmen wie auch Unterdrückungsmaßnahmen betrieben. 3½ Millionen Jugendlicher werden von der Regierung organisiert und sind nach Provinzen und im Reichsmaßstabe zentralisiert. Auf diese Weise sind alle Reservisten zusammengefaßt und werden zu faschistischen Zwecken, zum Kampfe gegen die Massenbewegung verwendet. Ihre Heranbildung ist der militaristischen Clique anvertraut. Nun ist die Militarisierung der Schulen und der Universitäten gut organisiert worden, und besonders beauftragte Offiziere sind damit betraut, die Studenten auszubilden. Der Hauptzweck ist dabei die Unterdrückung innerer Unruhen und Revolten. Die außerhalb der Schule befindliche Jugend wird in besonderen Lagern mit systematischer militärischer Ausbildung in 800 Stunden innerhalb vier Jahren gedrillt. Die herrschende Klasse ist also für den Bürgerkrieg wohl vorbereitet!

Die Konferenz von Washington hat die Flottenstärke im Verhältnis von 5 : 3 gegenüber den Vereinigten Staaten und Großbritannien eingeschränkt.

Diese Einschränkung zwang Japan, seine Flotte diesem Verhältnis anzupassen. Auch die Stärke des Heeres wurde eingeschränkt, wird aber in Wirklichkeit durch die Militarisierung der Schulen und durch die Vermehrung der Luftflotte erhöht. Japan bereitet sich zum Kriege vor.

Die militärische Lage Japans im kommenden Weltbrande ist weit schwächer als in vergangenen Kriegen. Japans Proletarier und Bauern werden der militaristischen Clique nicht so blind Gehorsam leisten, wie in der Vergangenheit. Die von der Sodomei geführten rechten Gewerkschaften werden nicht stark genug sein, um die linken zu schwächen, obgleich die Sodomei sklavisch in die Fußtapfen Gompers' getreten ist, und die Kompaniegewerkschaften wie auch die faschistischen Organisationen sich zum Dienst für die reaktionäre Regierung rüsten. Japans wirtschaftliche Hilfsmittel sind, wie bereits erwähnt, kärglich, und es fehlt an notwendigen Kriegsmaterialien, an Oel, Baumwolle und Eisen. Japan ist zu schwach, einen Krieg ohne Unterstützung ausländischer Kapitalisten zu führen. Japans Stellung im kommenden Weltkampfe ist also, von allen Seiten betrachtet, nur düster und sogar hoffnungslos. Aber Japans Militaristen sind verzweifelt und zu imperialistischem Ehrgeiz entschlossen, wenngleich Japans Imperialismus schon lange Schiffbruch erlitten und das Vertrauen des Volkes verloren hat. Das japanische Proletariat muß sich darauf vorbereiten, gegen den Militarismus zu kämpfen.

Der japanische Kapitalismus ist seiner Grundlage nach sehr schwach und verhältnismäßig klein und unerfahren. Es besteht beim gegenwärtigen Zustande der Wissenschaft und der Technik sehr wenig Hoffnung auf die Entwicklung der Industrie, in wirtschaftlicher Hinsicht, aber Japan hat Menschenmaterial in Hülle und Fülle als Kanonenfutter und zur Ausbeutung zu Kriegszwecken. Japans mächtige Bürokratie und sein Militarismus werden darum kämpfen, dies im nächsten Weltkriege auszunützen. Es ist die höchste Pflicht und die Aufgabe der revolutionären Arbeiter und Bauern Japans, den kriegerischen Bestrebungen auf Schritt und Tritt entgegenzutreten und gegen die reaktionäre Regierung und gegen die Kapitalisten zu kämpfen, indem sie eine feste Einheitsfront der Arbeiter und Bauern bilden und diese Front auf die Länder des Fernen Ostens, auf China, Korea, Java und Indien ausdehnen, um gegen den Imperialismus Japans und anderer Länder in China zu kämpfen. Wir müssen uns auf den Kampf vorbereiten, die revolutionären Kräfte des Fernen Ostens zusammenschließen und mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion zusammenarbeiten. Es ist die Pflicht der Proletarier und der Bauern des Fernen Ostens, die chinesische Revolution zu unterstützen, die einen solchen heldenhaften Kampf führt. Der nächste Weltkrieg muß in einen Bürgerkrieg und darauf in die proletarische Revolution umgewandelt werden.

J. JACQUEMOTTE:
DIE PARTEI VANDERVELDES IM DIENSTE
DER STABILISIERUNG

Dejardin, einer der Führer der belgischen Sozialdemokratie, Präsident der Bergarbeiter-Zentrale, Abgeordneter und Bürgermeister, schrieb einmal im „Peuple“, dem offiziellen Organ der Belgischen Arbeiterpartei: „Der Marasmus, der die kapitalistische Gesellschaft bedroht, bedroht gleichermaßen die sozialistische Demokratie.“

Das zynische Geständnis, mit dem der reformistische Führer offen die enge Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Bourgeoisie feststellte, ist das Alpha und Omega der Politik des belgischen Reformismus, der eine Säule der II. Internationale ist.

Natürlich werden sozialdemokratische Theoretiker wie Vandervelde und De Brouckère sich sehr hüten, dies so brutal zuzugeben, und sie werden auch weiterhin in ihren „wissenschaftlichen“ Arbeiten, die vom „wahren Marxismus“ inspiriert sind, vom Kampf gegen den Kapitalismus schwätzen, wobei sie aber gleichzeitig in ihrer Praxis davon ausgehen, daß es notwendig sei, das Heil der Bourgeoisie sicherzustellen, wenn man die „wahre“ Demokratie, die „wahre“ Freiheit, die „wahre“ Gleichheit, und die „wahren“ Menschen- und Bürgerrechte retten will, die durch den Bolschewismus gefährdet sind.

Die Erfahrungen der letzten Jahre in Belgien bilden einen sehr wertvollen Beitrag zur Beleuchtung der Rolle der Sozialdemokratie, die sich zum Kettenhund des Kapitalismus macht. Die Entwicklung des „Stabilisierungsprozesses“ ist der vollständigste und entscheidendste Beweis dafür, daß der Reformismus ein Agent des Kapitalismus ist, ein Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterwerfung und Niederhaltung der ausgebeuteten Massen.

„Die Reaktion ist besiegt!“

Mit diesem Triumphgeschrei begrüßten die reformistischen Führer am Tag nach den Generalwahlen vom April 1925 den Sturz der katholisch-liberalen Regierung Theunis-Masson.

Diese Regierung hatte vier Jahre hindurch eine entschieden reaktionäre Politik durchgeführt. Unter ihrem Regime hatte Belgien an der Seite des poincaristischen Frankreich an dem verbrecherischen Ruhrabenteuer teilgenommen. Von dieser Regierung war der Streich des sogenannten „kommunistischen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates“ aufgezogen worden, zu dem Zweck, die junge Kommunistische Partei Belgiens in die Illegalität zu drängen; diese Regierung hatte mit Hilfe der gesetzwidrigen Mobilisierung der Streikenden und dank dem Verrat der Amsterdamer Führer den Eisenbahnerkampf von 1923 zusammengeschlagen.

Von 1921 bis 1925, während der vier Jahre Regierung Theunis-Masson, hatte sich die Situation der arbeitenden Massen verschlechtert, die Staats-

schulden waren gestiegen und der Franken hatte eine weitere Entwertung erlitten.

Die Unzufriedenheit der breiten Massen kam bei den allgemeinen Wahlen zum Ausdruck; sie waren für die Sozialdemokratie und die christlichen Demokraten ein bedeutender Sieg, der eine bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung zur Folge hatte.

Die reformistischen Führer bemühten sich, diese Regierung als die Regierung „der kleinen Leute“ hinzustellen, als eine aus „ehrlichen und erprobten“ Demokraten bestehende Regierung, die einen anderen politischen Kurs als den von Theunis befolgten einschlagen und die „die Kleinen vor den Großen“ schützen werde.

Bald änderte das Lied die Melodie. Erst kürzlich erklärte Vandervelde vor dem Generalrat der belgischen Arbeiterpartei:

„Es ist nicht unnötig, daran zu erinnern, daß die Regierung, an deren Spitze Herr Poulet steht, niemals eine Koalitionsregierung zwischen den Sozialisten und den christlichen Demokraten allein war. An ihrer Spitze steht ein ehrlicher und aufrichtiger Demokrat, aber tatsächlich bestand sie, wie die gegenwärtige Regierung, aus zwei Anhängern des Liberalismus und aus einer gleichen Zahl Sozialisten und Katholiken, unter denen mindestens drei Konservative waren: die Herren Vandevyvere, Carton und Janssen.“

Die Regierung der „kleinen Leute“, die demokratischste Regierung, die Belgien je hatte, zählte immer noch mindestens drei Konservative!

Das Zustandekommen der Regierung Poulet-Vandervelde war nur möglich mit einem sofortigen und vollständigen Preisgeben des Programms, das die Sozialdemokraten vor den Wahlen vertreten hatten. Aber der Bourgeoisie konnte diese Preisgabe nicht genügen, sie brauchte außerdem die Mitarbeit der Sozialdemokraten bei einer offenen Angriffspolitik gegen die arbeitenden Massen, gegen das Proletariat, die Kleinbourgeoisie und die arme Bauernschaft.

Das ließ nicht lange auf sich warten. Das Bankkapital und die Schwerindustrie brachten den Plan einer Währungsstabilisierung, den die Regierung Poulet ausgearbeitet hatte, zum scheitern. Die konservativen Minister, die Vandervelde im Interesse der Sache als „Demokraten“ angepriesen hatte, traten demonstrativ aus der Regierung aus, was einen ungeordneten Rücktritt der anderen Mitglieder des Kabinetts nach sich zog, wobei die „tapferen Gegner des Kapitalismus“, die Vandervelde und Konsorten, nicht einen Augenblick lang auch nur der Versuch machten, sich auf ihre parlamentarische Mehrheit zu stützen, um so etwas wie einen Widerstand zu leisten; und noch viel weniger kam ihnen natürlich der Gedanke, an die Massen zu appellieren zur Verteidigung der Interessen der „kleinen Leute“ gegen die Offensive der Hochfinanz.

Die bürgerliche Presse schrieb kurz vor dem Sturz der Regierung Vandervelde: „Es ist Zeit, daß jeder sich darüber Rechenschaft ablegt, daß man eine Regierung bilden muß, die sich auf die realen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse stützt und nicht auf die willkürlichen Verhältnisse, die der politische Ausdruck des allgemeinen Stimmrechtes sind.“ Der große Sieg über die Reaktion endete mit einem ekelhaften Bauchrutschen der Sieger vom April vor den Finanz-, Kohlen- und Eisenmagnaten.

Der erste Versuch der Währungsstabilisierung

Die Großtat der Regierung Vandervelde bestand in der Sanierung der Finanzlage und in der Rückkehr zur Goldwährung.

Alles sollte diesem Zweck untergeordnet werden. „Was hat es für einen Sinn“, sagten die Sozialdemokraten, „eine Politik der sozialen Reformen ins Auge zu fassen: Erhöhung der Alterspensionen für Arbeiter, Einführung eines sozialen Versicherungssystems, Ausbau der Schutzmaßnahmen für Mutter und Kind, Sicherstellung einer Erhöhung der Bezüge der Arbeitslosen, — wenn man nicht mit der „Stabilisierung des Franken“ beginnt? Wozu dem Proletariat Opfer auferlegen mit Kämpfen um Lohnerhöhungen, wenn die Löhne infolge der Geldentwertung beständig sinken?“

„Stabilisieren wir den Franken“, sagten sie, „dann ist der Weg offen für eine kühne Politik breiter und tiefer sozialer Reformen.“

Und unter dieser Parole stimmten sie mit beiden Händen für alle Maßnahmen, die zur Herstellung des Budget-Gleichgewichts und für die Finanz-Sanierung vorgeschlagen wurden: 600 000 000 Franken neue Steuern wurden den arbeitenden Massen auferlegt, die Privatbank erhielt neuerdings das Privileg, Banknoten herauszugeben, die amerikanischen Kriegsschulden wurden anerkannt mit einem Abkommen, das für die Dauer von 63 Jahren Zahlungen von 200 bis 500 Millionen Franken jährlich vorsieht. Die Ausbeutung der belgischen Staatsbahnen wurde einer Privatgesellschaft übertragen.

Der Plan der Regierung Poulet-Vandervelde sah eine Stabilisierung des belgischen Franken auf der Grundlage von 107 Franken pro Pfd. Sterling vor, also etwa zu 23 Gold-Centimes.

Das war der von der Regierung mit ausländischen Krediten künstlich hochgehaltene Kurs. Dieser Plan stieß auf die Gegnerschaft der großen Exportindustriellen, und an der kombinierten Offensive der großen Privatbanken und der Schwerindustrie scheiterte er. Der belgische Franken begann in schwindelerregender Weise zu stürzen und die Regierung Poulet-Vandervelde folgte ihm im Zusammenbruch nach.

Ein zweiter Plan einer Währungsstabilisierung

Die sozialdemokratischen Führer, die mit lautem Geschrei die Attacke der Hochfinanz auf den belgischen Franken entlarvt hatten, — die sozialdemokratischen Zeitungen bezeichneten ganz unverblümt die Bank von Brüssel als Organisator der Kapitalflucht, deren Zweck war, die nationale Währung zum Sinken zu bringen, und sie verlangten, daß den Verwaltern dieser Gesellschaft der Prozeß gemacht werde, — gerieten vollständig in Verwirrung, und um den Sturz des Frankens der „Armen“ aufzuhalten, warfen sie sich denselben Leuten in die Arme, die sie noch kurz vorher der Torpedierung des Frankens beschuldigt hatten.

Es wurde eine neue Regierung gebildet; Finanzminister derselben war der Vorsteher der Bank von Brüssel und Schatzminister war der Vizedirektor der „Société Generale“, Francqui. Die christlichen Demokraten wurden ersetzt durch katholische Konservative, und die „sozialistischen Minister“ meldeten einen neuen Sieg des Proletariats: Sie konnten ihre Ministerposten behalten.

Um die Politik der Regierung der Bankiers richtig zu begreifen, ist es notwendig, die wesentlichen und hauptsächlichen Differenzen, die zwischen den zwei Plänen der Währungsstabilisierung bestanden, ausführlich zu beschreiben.

Der Plan der Regierung Vandervelde, ausgearbeitet vom Finanzminister Janssen, dem Direktor der Nationalbank von Belgien, sah vor:

1. Herstellung des Budget-Gleichgewichts durch Erhebung von 600 Millionen neuer Steuern, selbstverständlich zu Lasten der arbeitenden Massen.

2. Anerkennung der Schuld gegenüber Amerika zwecks Konsolidierung der schwebenden Außenschulden.

3. Ueberlassung der belgischen Staatsbahnen zur Ausbeutung an eine Privatgesellschaft.

4. Eine Auslandsanleihe von 150 Millionen Dollar.

Das Projekt plante die Stabilisierung mit 107 Franken pro Pfd. Sterling, also, wie schon gesagt, zu etwa 23 Goldctm.

Die schwebende innere Schuld, die sich auf mehrere Milliarden Franken kurzfristiger Schatzscheine belief, sollte durch eine innere Anleihe konsolidiert werden.

Der Plan der Regierung Jaspas-Vandervelde, von Francqui, dem Vize-direktor der mächtigen Société Generale, die mit der Bank von Brüssel den größten Teil der Schwerindustrie kontrolliert, ausgearbeitet, bestätigte die schon beschlossenen Maßnahmen, fügte aber hinzu:

1. Erhebung von 1 Milliarde 600 Millionen neuer Steuern und Gründung einer Amortisationskasse für die Staatsschulden.

2. Ueberlassung des Ausbeutungsrechts von Telegraph und Telephon an eine Privatgesellschaft, nach dem gleichen Plan wie hinsichtlich der Eisenbahnen.

3. Zwangsweise Konsolidierung der Schatzscheine, soweit kleine Inhaber in Betracht kommen, während die in den Banken liegenden Schatzscheine als Privatgeld der zwangsweisen Konsolidierung nicht unterlagen.

4. Stabilisierung der Valuta zu 175 Franken pro Pfd. Sterling, d. h. also zum Satz von etwa 14 Goldctm.

Zur Durchführung ihres Planes forderte und erhielt die Regierung der Bankiers „Vollmachten“, und sie schickte das Parlament in Urlaub.

Es genügt, die zwei Pläne zu vergleichen, um zu folgendem Schluß zu kommen:

Der Plan Janssen war in einem gewissen Grade bestrebt, die Enteignung der mittleren Schichten der Bevölkerung zu vermeiden. Er brachte den Widerstand der Mittelklassen gegen ihre Proletarisierung zum Ausdruck.

Dies zeigt sich in dem Versuch der Regierung Pouillet, mit einer konsolidierten inneren Anleihe die zahlreichen kleinen Inhaber von Schatzscheinen zu befriedigen.

Der Widerstand der Großbanken gegen das Auflegen dieser inneren Anleihe und die Gegnerschaft der Großindustriellen gegen eine Stabilisierungssteuer, die vor ihnen unübersteigbare Schranken auf dem Gebiet der Weltmarktkonkurrenz zu errichten drohte, führten zum Scheitern des Plans Janssen.

- Der Plan Francqui dagegen stabilisierte den Franken zu einem Satz unter den Frankenkurs, nämlich zu 175 Franken pro Pfd. Sterling, während der

Kurs damals 173,90 war, und andererseits konsolidiert er die schwebende innere Schuld zwangsweise auf Kosten der kleinen Gläubiger. Das ist der Plan, der die Interessen der Großbanken und der Schwerindustrie vertritt. In diesem Kampf wurde die Mittelklasse besiegt.

Der Vizedirektor der Société Generale, Francqui, hat übrigens die Folgen seines Planes für die Arbeiterklasse und die Kleinbourgeoisie niemals verhehlt. In einem Interview, daß er der bürgerlichen französischen Zeitung „Le Figaro“ gewährte, erklärte er:

„Versteht man uns? Ich hoffe es, wenn nicht, so werden wir trotz ihnen und gegen sie die arbeitende Klasse und die Mittelklasse retten, die in Belgien wie in Frankreich das nationale Rückgrat bilden.“

Im Namen der Interessen der Arbeiterklasse und der Kleinbourgeoisie expropriieren die großen Finanzhaie die Mittelklasse und verdammen das Proletariat zum Elend.

Im Namen der Interessen des Proletariats und der Kleinbourgeoisie reichen die Sozialdemokraten Francqui die Hand und stimmen auf seinen Befehl für Vollmachten für die Bankiers und für alle Maßnahmen der Unterdrückung und der Ausplünderung der Massen!

Die Folgen der Stabilisierung Francqui-Vandervelde

Wir müssen auf die Tatsache hinweisen, daß die 2 Milliarden 200 Millionen neuer Steuern, die im Verlauf von weniger als sechs Monaten von der Mehrheit des Parlaments (Sozialisten, Konservative, christliche Demokraten, Liberale) beschlossen wurden und die vollständige Preisgabe der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Massen durch die reformistischen Führer zu einer merklichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats und der Kleinbourgeoisie führten.

Unmittelbar vor den Aprilwahlen 1925 kostete das Kilo Brot 1,70 Francs, es stieg im November 1926 auf 2,80 Francs, ist also zehnmal teurer als vor dem Krieg; in anderthalb Jahren stieg die Teuerung um 70 Prozent.

Am 15. März 1925 galt das Pfd. Sterling 94,86 Francs und der Dollar 19,80 Francs. Am 15. November 1926 erreichte das Pfd. Sterling 173,90 Francs und der Dollar 35,93 Francs.

Der offizielle Index für die Kosten der Lebenshaltung für das ganze Land — ein offizieller Index, der übrigens hinter der Wirklichkeit zurückbleibt — steigt von 511 im März 1925 auf 730 im November 1926, das heißt, der Index übersteigt um 100 Punkte die höchsten Sätze, die unmittelbar nach dem Waffenstillstand erreicht wurden.

Die acht Jahre „nationalen Wiederaufbaues“, der von den reformistischen Führern so gepriesen wurde und in dessen Dienst sie die ganze Arbeiterpolitik stellten — „das Interesse des Proletariats ist eine Funktion des allgemeinen Interesses“! — führten zu dem Resultat, daß die Lage der Massen schlimmer und elender ist als jemals!

Viele Monate lang gelang es den reformistischen Führern, die sich mit ihrer Politik auf die Bourgeoisie stützten, den Massen einzureden, die „Stabilisierung“ bedeute das Ende der Schwierigkeiten, des Elends und der Leiden, als einer Folge der Senkung der Reallöhne durch die Entwertung des Geldes.

Sie rechtfertigten die fortwährend sich verschärfende Teuerung mit dem fortwährenden Sinken des Frankens. Die Stabilisierung sollte endlich dem Steigen der Preise ein Ende machen.

Inzwischen konnten sie es sich nicht versagen, von Zeit zu Zeit die Spitzen ihrer Eselohren zu zeigen, namentlich, indem sie die Spalten ihrer Zeitungen „objektiven Interviews“ von Großkapitalisten öffneten.

So veröffentlichte „Le Peuple“ vom 7. August die Meinung eines der „bekanntesten Ausländer, der in Belgien lebt, des tatsächlichen Führers eines großen Unternehmens, das sich über Europa und über beide Amerika verzweigt.

Es hieß da:

„Das Ende der Inflation bedeutet die Rückkehr normaler Preise. Vergessen Sie nicht, daß in Belgien der Durchschnittspreis um ein Drittel unter dem Weltdurchschnittspreis für die meisten Produkte liegt. Die Währungsorganisation bedeutet also erst die richtige Teuerung und gleichzeitig den Rückgang der Produktion.“

Heute, wo die Stabilisierung der Währung, soweit es die Einführung einer Goldwährung für die internationalen Beziehungen betrifft, durchgeführt ist, stellen die arbeitenden Massen fest, daß die Kosten der Lebenshaltung auch weiterhin unaufhörlich steigen, d. h. daß der wirkliche Wert des Papierfranken, des Geldes der Armen, auch weiterhin sinkt, während die Großindustriellen und die Bankiers jetzt für ihre internationalen Geschäfte über eine Währung von beständigem Wert verfügen.

Die neuen Steuern, die beschlossen wurden, bedeuten eine Erhöhung von 50 Prozent gegenüber dem vorigen Budget. Der Index steigt weiter. Die Regierung selber sieht voraus, daß das Budget pro 1927 aufgestellt werden muß auf Grund eines Index von 750. Dieser Satz wird bestimmt im Laufe des nächsten Jahres überschritten werden, was die Erhebung weiterer neuer Steuern mit sich bringt.

Und andererseits beginnt die Krise der Währungsstabilisierung sich auf Handel und Industrie auszuwirken. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Zahl der Konkurse steigt.

Sicher werden die schlimmsten Folgen der Krise sich jetzt nicht sofort fühlbar machen. Die Stabilisierung wurde in einem Augenblicke durchgeführt, der für die Schwerindustrie, die belgische Produktionsbasis, durchaus günstig war. Der englische Bergarbeiterstreik erlaubte der Bourgeoisie, gewaltige Kohlenmengen auszuführen, wodurch übrigens eine scharfe Kohlenkrise in Belgien selber hervorgerufen wurde; dieselbe Ursache ermöglichte die volle Weiterbeschäftigung der belgischen Metallindustrie.

Ohne Zweifel aber wird die allgemeine Krise der Währungsstabilisierung über kurz oder lang einen großen Umfang annehmen.

Mittwoch, den 24. November 1926, sprach der Generaldirektor für Außenhandel beim Außenministerium in einer Zusammenkunft in Brüssel über „die Wirkungen der Stabilisierung auf unsere Industrie und auf unseren Außenhandel“. Er hielt seine Rede vor einem dichtgedrängten Auditorium, das aus Industriellen, Bankiers und Großkaufleuten bestand. Der König, umgeben von seinen Ministern, darunter natürlich auch die sozialdemokratischen Minister, war ebenfalls anwesend.

Der Redner stellte fest, daß die Krise der Währungsstabilisierung die folgenden Konsequenzen nach sich ziehe:

„Steigen der Preise über den Index von 800 im Verlauf von 6 Monaten; Steigen des Zinsfußes; gewisse Schwächung des Innenhandels, die sich schon bemerkbar macht. Was den Außenhandel betrifft: Wenn die Handelsbilanz leicht aktiv ist (35 Millionen Franken), so liegt die Ursache hauptsächlich in einer Reduzierung der Einfuhren und in der Tatsache, daß die Ausfuhr ganz ausnahmsweise begünstigt war durch den englischen Streik. Die Ausfuhr, die im Juni 1926 nur 56,6 Prozent erreichte, ist im Juli auf 89 Prozent, im August auf 95 Prozent und im September auf über 96 Prozent gestiegen. Die industrielle Statistik ist nicht sehr günstig: sie zeigt, daß die Arbeitslosigkeit schon leicht übernormal ist. Das Verschwinden der Exportprämie, die in dem ununterbrochenen Sturz des Franken seit 1922 bestand, muß logischerweise einen Rückgang der Ausfuhr herbeiführen. Indessen kann dieser Rückgang durch neue oder besondere Faktoren ausgeglichen werden: durch die Möglichkeit der Besserung in der allgemeinen Welthandelslage, durch die Auswirkungen des englischen Streiks und durch die Rationalisierung der Industrie.“

Jedenfalls kommt der Generaldirektor für Außenhandel beim Außenministerium zu folgenden allgemeinen Feststellungen:

„Die „Stabilisierung“ wird „einen gewissen Rückgang“ der wirtschaftlichen Aktivität zur Folge haben. Die hauptsächlichsten Vorzeichen, die schon festzustellen sind, sind folgende: 1. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskraft ist etwas weniger günstig; 2. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu; 3. Eine gewisse Unsicherheit auf den großen Industriemärkten ist festzustellen; 4. Die Zahl der Konkurse steigt.“

Indem der Redner dann die Mittel untersuchte, mit denen der „unvermeidlichen“ Krise zu begegnen sei, sagte er:

„Die Vorkriegslöhne waren in Belgien niedriger als in den anderen Ländern. Dieser Unterschied besteht nicht mehr; man muß die Durchführung des Achtstundentages beseitigen. Man muß exportieren, man muß produzieren, viel produzieren und billig produzieren. Man muß billig produzieren um unsere Konkurrenten zu schlagen. Zu dem Zweck müssen wir ebenso wie sie, aber besser als sie: die Unternehmungen standardisieren, konzentrieren, die Betriebe spezialisieren, die maschinelle Einrichtung vervollkommen, die Arbeit organisieren, den Einkauf von Rohstoffen organisieren usw. . . .“

Der politische Schluß der Ausführungen, die nach der ganzen bürgerlichen und reformistischen Presse aufs wärmste begrüßt wurden, war folgender:

„Angesichts der sehr schweren Gefahren, die uns vor einigen Monaten bedrohten, hat das ganze Land begriffen, daß es notwendig ist, die Männer in Ruhe arbeiten zu lassen, die die Lasten der Regierung auf sich nehmen und in kurzer Zeit konnte man so eine wirklich gute Arbeit leisten. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß man auf diesem Wege bleibe und daß jeder die Parole zur seinigen mache:

„Einigkeit bei der Arbeit bis zum Erfolg.“

Nach ihm ergriff der Minister Vandervelde das Wort, um seinen „herorragenden Mitarbeiter“ zu beglückwünschen und um zu erklären, daß er selber, Vandervelde, den Gedanken hatte, die „Geschäftswelt“ zusammenzurufen, um diesen Bericht anzuhören; Vandervelde schloß:

„Ich gehöre nicht zu jenen, die die tiefen Gegensätze, die die Klassen einander gegenüberstellen, leugnen. Aber ich glaube, daß es außer diesen Gegensätzen ein gemeinsames Interesse gibt, nämlich das, eine nationale Einheit zu bilden, die imstande ist, auf dem Weltmarkte zu kämpfen. Für dieses Ziel und zur Verwirklichung von alledem, was ich eben aufgezählt habe, können wir mit vollem Herzen und mit einem ganzen guten Willen zusammenarbeiten.“

Die Opposition der arbeitenden Massen

Während die reformistischen Führer diese Politik des Verrats an den proletarischen Interessen betrieben, während der sozialdemokratische Führer Vandervelde „offiziell“ in dieser Weise auf dem Altar der Klassenkollaboration opferte, wobei er von den Bankiers und den Industriellen warmen Bei-

fall erntete und vom König Albert beglückwünscht wurde, schwanden unter den Arbeitermassen die Illusionen eine nach der anderen dahin, und eine Welle der Unzufriedenheit empörte die Arbeiter, die noch immer unter dem Banne der reformistischen Ideologie standen. In einigen Fällen kam diese Unzufriedenheit in einer für die reformistischen Führer sehr drastischen Weise zum Ausdruck.

Im Laufe der letzten Zeit hatte sich der Kohlenmangel infolge der gewaltigen Kohlenexporte nach England so verschärft, daß die Arbeiterfamilien buchstäblich ohne Brennmaterial waren. Als der sozialdemokratische Minister für Industrie und Arbeit, Wauters, sich zum Verteidiger der Kohlenherren aufwarf und den Bergarbeitern vorschlug, täglich eine halbe Stunde länger zu arbeiten, „um den Arbeiterhaushaltungen in Flandern und in den großen Zentren Kohlen zu liefern“, antworteten die Bergarbeiter einstimmig mit einer kategorischen Weigerung, und der „Wauters-Tag“, wie die Bergarbeiter diesen verlängerten Arbeitstag nannten, erntete mit seinem Erfinder nur die allgemeine Verachtung.

Die letzten Gemeindewahlen zeigten einen beträchtlichen Zuwachs an Einfluß unserer kleinen Kommunistischen Partei und einen merklichen Rückgang der Sozialdemokratie; dies ist ein Beweis für die Stimmung der Massen.

Die Lage der lokalen und regionalen reformistischen Führer wurde so, daß sie selber gezwungen waren, die Aufmerksamkeit des Büros des Generalrats der Belgischen Arbeiterpartei auf die Gefahren des gegenwärtigen Augenblicks zu lenken. Louis Piérard, ein Sozialdemokrat reinen Wassers und Abgeordneter aus dem Borinage, schrieb dazu neulich:

„Nur die Stärke unserer Organisationen der Belgischen Arbeiterpartei hat uns bis jetzt ermöglicht, zu verhindern, daß unsere Leute zum Kommunismus abrutschen. Aber wir dürfen an diesem Strang nicht weiter ziehen, denn so, wie der Zug läuft, wäre unsere Kraft sehr bald ungenügend, um sie zurückzuhalten.“

Der Generalrat der Belgischen Arbeiterpartei hat in den letzten Wochen unzählige Resolutionen von Lokalsektionen (Gewerkschaften, politische Verbände, Kooperativen, Junge Garden) erhalten, die gegen die Lage protestieren, in die man die arbeitenden Massen gebracht hat. Acht der wichtigsten Kreisverbände nahmen Resolutionen an, die die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses fordern, der die Aufgabe haben soll, die Linie der Arbeiterpartei festzulegen und auf dem die Frage einer weiteren Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung gestellt werden soll. Zahlreiche Tagesordnungen fordern den Rücktritt der sozialdemokratischen Minister und eine Politik des Kampfes gegen die Bourgeoisie.

Die neuen Manöver Vanderveldes

Natürlich ist die Haltung der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaftskommission festgelegt. In dieser Hinsicht läßt die Rede, die Vandervelde auf der oben erwähnten Konferenz hielt, keinen Zweifel. Aber andererseits haben die katastrophale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen, der Hagel von Steuern, der auf sie niedergeht, die drohende Arbeitslosigkeit, die Wut der ausgeplünderten Kleinbourgeoisie, das offensichtliche und schamlose Zusammenspiel der reformistischen Führer mit den Finanzhaien unter den Arbeitern eine solche Welle des Protestes hervor-

gerufen, daß es für die reformistischen Führer mit größter Vorsicht zu manövrieren gilt.

Die ministerielle Arbeitsgemeinschaft wird von den Arbeitern verantwortlich gemacht für die Uebel, unter denen sie leiden. Wie kann man diese Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten, ohne gleichzeitig bei den Massen anzustoßen und ganze Ströme von Wasser auf die kommunistische Mühle zu leiten? Das ist das schwierige Problem, vor dem die sozialdemokratischen Führer stehen. Aber sie verfügen über viele Schliche und verstehen mit raffinierter Gerissenheit, die Massen zu betrügen und bei ihnen Illusionen zu erwecken. In einer seiner letzten Sitzungen, in der der Generalrat der Belgischen Arbeiterpartei „objektiv“ die gegenwärtige politische Lage behandelte und sich vorbehaltlos für Einberufung eines außerordentlichen Kongresses aussprach, äußerte sich Vandervelde schon über die großen Linien der Politik, die er namens der sozialdemokratischen Minister verteidigen wird und die darauf hinauslaufen: „Nehmen wir das Schlimme an, um Schlimmeres zu vermeiden.“

Er stellt tatsächlich die Frage in der Form eines Dilemmas auf folgende Art:

„Entweder Verbleiben in der Regierung nach Einigung über ein Programm, dessen Inhalt wir zu bestimmen hätten, oder Zurückgehen in die Opposition, um freier zu sein, wobei wir uns aber sehr hüten müssen, irgend etwas zu tun, was geeignet wäre, die Erfolge der Stabilisierung zu gefährden; ebenso wenig dürfen wir eine scharfe Politik einschlagen, die verhängnisvoll werden könnte angesichts der unvermeidlichen Wirtschaftskrise, vor der wir uns gegenwärtig befinden.“

Die Taktik ist klar. Vandervelde sagt: Das Herausgehen aus der Regierung kann uns ohne Zweifel eine gewisse Freiheit geben, aber diese Freiheit ist eng beschränkt durch die Pflicht, daß wir nichts tun dürfen, was die „Stabilisierung“ gefährden könnte, und durch die Pflicht, um jeden Preis zu verhindern, daß die Wirtschaftskrise, von der die Arbeiter betroffen werden, noch verschärft wird durch eine politische Krise, die die ganze Wiederherstellung der Bourgeoisie gefährden könnte. Da also diese Freiheit trotz allem nur begrenzt wäre, ist es gescheiter, auch weiterhin am Regierungssteuer zu sitzen, unter der Firma der „Union sacrée“.

„Der Marasmus, der die kapitalistische Gesellschaft bedroht, bedroht gleichermaßen die sozialistische Demokratie.“ — Diese Worte Dejardins dienen den Führern der Belgischen Arbeiterpartei als Leuchtturm und Wegweiser für ihre politische Linie!

Fügen wir hinzu, daß Vandervelde über die gegenwärtige Zusammenarbeit noch hinausieht. Die bekanntesten reformistischen Führer erwägen die Möglichkeit, auf einem nächsten Kongreß, entweder auf dem Weihnachtkongreß oder auf einem späteren Kongreß, die Tatsache, die schon lebendige Wirklichkeit ist, auch offiziell feststellen zu lassen: die Belgische Arbeiterpartei ist zu mächtig geworden, um länger eine Oppositionspartei gegen die Bourgeoisie zu sein; sie ist eine Regierungspartei der belgischen Bourgeoisie geworden, und man muß im Programm, in den Statuten usw. die Schlußfolgerungen aus dieser Lage ziehen. Man muß aus der zweideutigen Lage herauskommen, bei der man theoretisch auf der Plattform des Klassenkampfes steht, wie sie vom Kongreß von Quaregnon 1924 ausgearbeitet wurde, während man gleichzeitig fortwährend eine Regierungs-

politik betreiben muß, wie sich dies aus der wirtschaftlichen und politischen neuen Lage seit 1914 ergeben hat. Es wird Vandervelde und seinen Jüngern wahrscheinlich noch nicht möglich sein, endgültig diesen neuen Kurs festzulegen. Die Phrasen über den Klassenkampf sind ihnen noch unerlässlich zum Betrügen der Massen, und die Vorbereitung einer neuen Zusammenarbeit im Ministerium verträgt sich absolut mit der demagogischen Phraseologie, deren sich in letzter Zeit die reformistische Presse befließigt, indem sie die Arbeiter auffordert, den Angriffen der Unternehmer und den Parolen des industriellen Zentralkomitees Widerstand entgegenzusetzen, während doch diese Drohungen und diese Parolen der Unternehmer in schärferer Form die gleichen Parolen sind, die schon der Chef der Regierung, Jaspas, formuliert hat.

Wie dem auch sei — der Differenzierungsprozeß innerhalb der Belgischen Arbeiterpartei geht jetzt beschleunigt vor sich. Es ist falsch, zu glauben, die Belgische Arbeiterpartei bilde einen geschlossenen Block und habe eine allen gemeinsame Ideologie. Schon eine oberflächliche Analyse würde zeigen, daß in der gegenwärtigen Belgischen Arbeiterpartei mindestens drei Parteien existieren. Der außerordentliche Kongreß zu Weihnachten, der nach den Erfahrungen mit der „demokratischen“ Regierung und nach dem Zustandekommen des offenen Bündnisses der sozialdemokratischen Führer mit den Bankiers und zum Beginn der Krise der Währungsstabilisierung stattfindet, wird ohne Zweifel die theoretischen und taktischen Differenzen in ein grelles Licht setzen.

Unsere kleine belgische Kommunistische Partei steht vor einer gewaltigen Aufgabe. Große soziale Kämpfe sind in Sicht. Es scheint möglich, daß die gegenwärtige Legislaturperiode, die nach der Verfassung bis 1929 dauern soll, noch vor Ablauf dieser Frist ein Ende nimmt. Es ist sogar notwendig, auf Grund der Wirtschaftskrise und der Verschärfung des Klassenkampfes die Möglichkeit einer politischen Krise ins Auge zu fassen, die noch vor Jahresfrist zur Auflösung der Kammern führen müßte. Gerade diese scharfe politische Krise, diese Unterbrechung der Regierung, wollen die sozialdemokratischen Führer, die Kettenhunde des Kapitalismus, um jeden Preis vermeiden. Dies wird ihnen gelingen, wenn sie die Massen dem Willen der Bourgeoisie und den Notwendigkeiten „ihrer Stabilisierung“ zu unterwerfen vermögen.

In dem Maße, wie unsere Partei es verstehen wird, sich eng mit den Massen zu verbinden, sich mit Energie auf die sich entwickelnde linke Opposition in den reformistischen Gewerkschaften zu stützen, wie sie es verstehen wird, in bezug auf die linke Opposition in der Belgischen Arbeiterpartei eine richtige Politik zu führen, die Arbeiter zum hartnäckigen Widerstand gegen die Unternehmerangriffe aufzurufen, in diesen Kämpfen die Führung zu übernehmen und sie zu organisieren, den Arbeitern zu helfen, sich der Führer, die sich an die Bourgeoisie verkauft haben, zu entledigen, und in dem Maße, wie sie den Arbeitern den revolutionären Weg weist, wird die Kommunistische Partei die Aufgabe erfüllen, die ihr Ziel und die gegenwärtigen Umstände ihr zuweisen.

DARSONO:
DER KAMPF UM KAUTSCHUK

Die Unterdrückung der Kautschukproduktion der
Eingeborenen in Indonesien im Lichte der
internationalen Politik

Zwischen England und Amerika ist ein heftiger Kampf um den Kautschuk entbrannt. Die steigende Autoproduktion der amerikanischen Industrien hat den Bedarf Amerikas an Kautschuk außerordentlich gesteigert. Diesem steigenden Bedarf steht jedoch die sehr ungünstige Tatsache gegenüber, daß die Kautschukgewinnung sich zum größten Teil in englischen Händen befindet. Nicht nur in eigenen Kolonien hat England seine Kautschukplantagen, auch in Niederländisch-Indien wird viel englisches Kapital in Kautschukunternehmungen angelegt.

Der Baum, von dem der Kautschuk gewonnen wird, stammt aus dem Gebiet des Amazonasstromes in Brasilien, wo er in Urwäldern wuchs. Nach Angaben in der „Tydschrift van Nat. Economische Geographie“ lieferte dieser wilde Baum bis 1905 etwa 99,5 Prozent der Weltproduktion von Kautschuk; seit seiner 1910 erfolgten Verpflanzung nach Ostasien verlor der wilde Baum in Brasilien mehr und mehr an Bedeutung. Jetzt ist die Kautschukproduktion der brasilianischen Urwälder fast bedeutungslos geworden. Betrug 1914 die Produktion der Kautschukplantagen bereits 60 Prozent der Gesamtweltproduktion, so stieg sie im Jahre 1923 auf 93,2 Prozent. Dieser Kautschuk kommt ausschließlich aus Ostasien. Die dichte Bevölkerung Asiens ermöglicht die Anlage und Versorgung großzügiger Kautschukplantagen. Die Kautschukproduktion Brasiliens geht stark zurück. Alle Versuche, sie zu heben, bleiben aus Mangel an Arbeitskräften erfolglos.

Nach Angaben derselben Zeitschrift soll im Jahre 1924 die Ausdehnung der Kautschukplantagen in Asien 4 296 000 Acres betragen haben, von denen 69 Prozent auf englische, 29 Prozent auf holländische und 2 Prozent auf französische Kolonien entfielen. Das investierte Kapital verteilte sich 1924 wie folgt: England 505 Millionen Dollar, Holland 130 Millionen, Frankreich-Belgien 30 Millionen, Japan 42 Millionen und Amerika 38 Millionen Dollar. Der Anteil Englands würde also 57 Prozent, derjenige Hollands 14,8 Prozent betragen.

Das englische Kautschukkapital herrscht nicht nur in eigenen, sondern auch in der holländischen Kolonie. In Ostsumatra nimmt das englische Kautschukkapital eine vorherrschende Stellung ein. Dem letzten Jahresbericht der „Handelsvereniging“ in Medan (Ostsumatra) zufolge betrug Anfang 1925 das englische Kautschukkapital in Ostsumatra 85 570 000 Gulden gegenüber 85 260 000 Gulden holländischem, 42 238 000 Gulden amerikanischem, 32 012 000 Gulden französisch-belgischem, 6 304 000 Gulden japanischem und 3 133 000 Gulden deutschem Kapital.

Nach den Angaben Henry Yves, des Direktors des Landwirtschaftsdepartements von Indochina, sollte der Weltbedarf an Kautschuk des Jahres 1925

510 000 Tonnen, die Produktion hingegen nur 470 000 Tonnen betragen, so daß ein Defizit von 40 000 Tonnen vorhanden war. Die englischen Kolonien produzierten 1925 insgesamt 210 000 Tonnen, Indonesien 195 000 Tonnen und die anderen Länder zusammen 65 000 Tonnen. Infolge des vorhandenen Defizits hat sich der Kautschukpreis im Jahre 1925 außerordentlich gesteigert. Wie außergewöhnlich groß der Gewinn aus dem Kautschukgeschäft in demselben Jahre war, kann man daraus ersehen, daß z. B. eine gewisse Unternehmung Tjiboeni-Fjipongob auf Java, die für die Gewinnung von 1 Pfund (500 Gramm) Kautschuk im Jahre 1925 durchschnittlich 17,18 holländische Cents verausgabt hat, dasselbe Pfund am 21. Dezember desselben Jahres für 189 Cents verkaufte.

Infolge seines großen Bedarfs ist Amerika von England abhängig. Von amerikanischer Seite wird berechnet, daß der Bedarf der verschiedenen Länder an Kautschuk sich folgendermaßen gestaltet:

Amerika	420 000	Tonnen
Deutschland	39 000	„
Frankreich	39 000	„
England	35 000	„
Kanada	21 000	„
Italien	13 000	„
Japan	16 000	„
die anderen Länder . .	31 000	„

zusammen: 614 000 Tonnen

Die Kautschuk-Weltproduktion für 1926 wird auf 657 000 Tonnen berechnet, so daß die Produktion den Bedarf mit 43 000 Tonnen übersteigt. Der Zweck dieser amerikanischen Berechnung ist klar: Amerika will den Kautschukpreis drücken. Nach einer englischen Berechnung soll diese Kautschuk-Weltproduktion schwanken zwischen 602 000 und 617 000 Tonnen, und diese Berechnung hat natürlich den Zweck, gute Preise für den Kautschuk zu erzielen.

Nach amerikanischen Angaben beträgt der Kautschukbedarf Amerikas mehr als 60 Prozent der Weltproduktion. Diese befindet sich jedoch fast zu 60 Prozent in englischen Händen, während England nach amerikanischen Angaben für 1926 nur 5 Prozent der Weltproduktion konsumieren wird, also sehr wenig, gemessen am amerikanischen Bedarf.

Nach Angaben des Dr. A. van Rossern, des Direktors des Reichsinformationsbüros für den Kautschukhandel und die Kautschukindustrie in Delft (Holland), sollen jetzt 92 Prozent der Kautschuk-Weltproduktion von den Plantagen herrühren, 98 Prozent des gesamten Plantagenkautschuks werden von den englischen und holländischen Kolonien produziert. Der Kautschukverbrauch Amerikas soll jetzt nicht weniger als 70 Prozent der Weltproduktion betragen.

Um sich hohe Preise für den Kautschuk zu sichern, haben die englischen Produzenten eine Einschränkung der Kautschukausfuhr aus den englischen Kolonien vorgenommen.

Die holländischen Kautschukproduzenten stehen der englischen Monopolstellung hindernd im Wege. Die Produktion der holländischen Plantagen darf man wohl zwischen 15 und 20 Prozent der Weltproduktion stellen; deshalb haben die englischen Produzenten ihre holländischen Kollegen von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber dem amerika-

nischen Verbrauchsmonopol zu überzeugen versucht. Die Holländer haben bis jetzt ein Zusammengehen abgelehnt, sie verhalten sich dem Kampf zwischen dem amerikanischen Verbrauchs- und dem englischen Produktionsmonopol gegenüber neutral, eine Neutralität jedoch, die vorteilhaft für die Holländer ist, denn diese profitieren an den hohen Gewinnen des Kautschuks mit.

Aus diesem Grunde suchen die englischen Produzenten ihre Monopstellung zu verstärken, indem sie versuchen, die holländischen Plantagen anzukaufen. So hat Ende des vorigen Jahres eine englische Gesellschaft 15 Millionen Gulden für die Plantage des holländischen Konzerns „Vereenigte indische Cultuurondernemingen“ geboten. Vor einigen Monaten hat eine englische Gesellschaft in Sumatra drei Kautschukunternehmungen gekauft für 10 Millionen Gulden.

Aus dieser Haltung der holländischen Kautschukproduzenten kann man auf die Tatsache schließen, daß die Politik Hollands jetzt nicht so ganz und gar englandfreundlich ist wie seinerzeit in bezug auf die Erdölquellen in Sumatra.

In dieser Beziehung ist auch wichtig, etwas über die Kautschukgewinnung der Bevölkerung eines kleinen Teiles von Sumatra und Borneo mitzuteilen. Auf Grund der Maßnahmen, die die holländische Regierung in Indonesien getroffen hat, um dem Kautschukverkauf der Bevölkerung Schwierigkeiten zu bereiten und ihn schließlich zu beseitigen, kann man eine Tendenz der Entfremdung zwischen Holland und England feststellen.

Die betreffende Bevölkerung, die 1921 nur ein Zehntel des Ertrages der kapitalistischen Plantagen ganz Indonesiens produzierte (6000 gegenüber 62 000 Tonnen), produzierte 1925 bereits 91 000 gegenüber 104 000 Tonnen der kapitalistischen Betriebe. Der von der Bevölkerung produzierte Kautschuk betrug 1925 also nahezu 19 Prozent der Weltproduktion. Nach der Berechnung des bereits erwähnten Direktors Henry Yves wird diese Kautschukproduktion der Bevölkerung im Jahre 1931 auf 240 000 Tonnen steigen, also auf 32 Prozent der Weltproduktion (740 000 Tonnen). Dieser von der Bevölkerung produzierte Kautschuk wird also eine gefährliche Konkurrenz für das holländische Kautschukkapital werden. Deswegen werden alle Kniffe angewandt, um die Kautschukgewinnung der Bevölkerung zu unterdrücken.

Die Kautschukplantagen der Bevölkerung können sich leicht ausdehnen. In Sumatra und Borneo gibt es Boden in Ueberfluß. Da diese Insel spärlich bevölkert ist, herrscht dort ein großer Mangel an Arbeitskräften. Die wenigen vorhandenen Arbeitskräfte arbeiten lieber bei eigenen Landsleuten als auf den kapitalistischen Plantagen, wo sie buchstäblich wie Tiere behandelt werden. In Ostsumatra ist es eine übliche Erscheinung, daß die Kontraktulis den kapitalistischen Plantagen entlaufen und auf den Plantagen der eigenen Landsleute Arbeit finden. Diese Plantagen werden auch wegen der Konkurrenz beim Verkauf des Produkts vom Kautschukkapital als ein großes Hindernis und eine Gefahr betrachtet. Daß das Kautschukkapital aus diesem Grunde bestrebt ist, die Eingeborenenplantagen zu unterdrücken, liegt auf der Hand.

Die eingeborenen Produzenten von Sumatra und Borneo verkaufen ihren Kautschuk an die Fabrikanten in Singapore, die ihn weiter verarbeiten und

ihn für den Verkauf auf dem Weltmarkt fertig machen. Dadurch kommt mehr Kautschuk in englische Hände. Seit einiger Zeit wird eine Ausfuhrsteuer von 5 Prozent auf den von der Bevölkerung produzierten Kautschuk erhoben, während gleichzeitig dieselbe Steuer auf das kapitalistische Plantagenprodukt aufgehoben wird. Diese Maßnahme scheint jedoch nicht ausreichend genug für das holländische Kautschukkapital zu sein. Vor kurzem wurde eine Kautschukverordnung erlassen, laut der die Verarbeitung des von den Eingeborenen gepflanzten Kautschuks in Indonesien selbst stattfinden muß. Es sollen in der Nähe der Eingeborenenplantagen Fabriken gebaut werden. Jetzt bewerben sich bereits Konzerne darum, diese Fabriken zu bauen. Sind diese Fabriken erst gebaut, dann wird der Verkauf des von der Bevölkerung gepflanzten Kautschuks nach Singapore verboten werden.

Dies kann man wieder als eine Tendenz der Entfremdung zwischen England und den Niederlanden betrachten. Auch die Ernennung des holländischen Gesandten in Washington, Dr. de Graeff zum Generalgouverneur Indonesiens Anfang September 1926 kann als ein Zeichen dafür betrachtet werden, daß Holland jetzt nicht mehr durch dick und dünn mit England gehen will, wie vor etwa fünf Jahren, als die holländische Regierung die Erdölquellen, trotz der Mißstimmung Washingtons, an die Royal Dutch Shell abgab.

Vom Standpunkt der eingeborenen Bevölkerung aus ist die Kautschukverordnung nichts anderes als die Verdrängung des von der Bevölkerung gewonnenen Kautschuks, denn durch die Ausschaltung der Singapurser Fabrikanten wird die Konkurrenz unter den Käufern sehr geschwächt und der Kautschukpreis erheblich gedrückt. In der Verordnung ist vorgesehen, daß in der Nähe der einheimischen Kautschukplantagen nur so viel Verarbeitungsfabriken gebaut werden dürfen, als für die Verarbeitung des einheimischen Kautschuks unbedingt notwendig sind. In der Praxis läuft diese Verordnung darauf hinaus, daß die eingeborenen Kautschukproduzenten der Willkür des Großkapitals ausgeliefert werden. Dieses wird ihnen den Preis des Kautschuks diktieren.

Das holländische Kautschukkapital wird mit Hilfe der holländischen Regierung noch andere Kniffe anwenden, um die Plantagen der Eingeborenen völlig zu beseitigen. Es wird sich allerlei Kniffe bedienen, um die Eingeborenen ihrer Plantagen zu berauben und sie von sich abhängig zu machen. Wie auf Java das Zuckerkapital die Bauernwirtschaft zerstört hat, wie das Kaffeekapital die eingeborenen Kaffeeproduzenten unterdrücken konnte, so sucht nun das holländische Kautschukkapital nach Mitteln und Wegen, um die einheimischen Kautschukproduzenten auf Sumatra und Borneo zur Seite zu drängen.

So wird in Indonesien jeder Versuch der Eingeborenen, sich aufzurichten, zum Scheitern gebracht. Hat man anfänglich, als die Millionen der Bevölkerung zuflossen, erwartet, daß in Indonesien sich ein starkes eingeborenes Kleinbürgertum entwickeln könnte, so haben die letzten Maßnahmen der Regierung diese Hoffnung in Rauch aufgehen lassen. So macht sich die holländische Regierung nicht nur bei den Arbeitermassen, der eingeborenen Intelligenz und den Kleingewerbetreibenden verhaßt, sondern auch bei der emporsteigenden Bauernschaft. Die Regierung des holländischen Imperialismus zieht den Haß aller Bevölkerungsschichten auf sich.

Amerika versucht sich von England unabhängig zu machen, indem es nicht nur große Summen verausgabt, um Kautschukplantagen anzulegen, sondern auch, um den Kautschuk von alten Reifen und anderen Gegenständen wieder zu verarbeiten. Der Kautschuk kann erst von einem fünf- oder sechsjährigen Baum gewonnen werden. In den nächsten zehn Jahren kann man daher damit rechnen, daß in bezug auf Kautschuk Amerika auf England und zum Teil auch auf Holland angewiesen ist, vorausgesetzt, daß Amerika in der Zwischenzeit keinen Ersatz für Kautschuk erfindet, der die Verwendung von Kautschuk überflüssig macht.

Entbrannte vor etwa fünf Jahren ein Kampf zwischen England und Amerika um die Erdölfelder in Sumatra, so entbrennt jetzt ein Kampf zwischen den Westmächten um Kautschuk. Ging damals Holland mit England, so rückt es jetzt von England ab, um sich Amerika anzuschließen oder sich neutral zu verhalten. Diese Haltung der holländischen Politik findet vielleicht ihre Ursache darin, daß die englische Politik im Osten überall Niederlagen erlitten hat und das englische Imperium jetzt nicht mehr so fest dasteht wie vor einigen Jahren.

So häufen sich im Osten die Konfliktstoffe, die den zweiten Weltkrieg, im Fernen Osten, herbeiführen werden.

D. KOSTOLANSKY:

FRAKTIONSVERSUCHE IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHO- SLOWAKEI*

In der allerletzten Zeit war die Aufmerksamkeit der KI infolge der parteifeindlichen Tätigkeit der neuen Opposition den Fragen der KP der SU gewidmet. Die NOP hat die Kräfte der KP der SU, die sonst dem sozialistischen Aufbau gewidmet werden könnten, stark in Anspruch genommen. Im Kampfe gegen die neue Opposition ist es klar geworden, daß noch nie eine Opposition innerhalb der KP der SU derart eng mit Fraktionen der anderen Bruderparteien verbunden war, als es diesmal der Fall ist. Das Auftreten der Korsch-Maslow-Ruth Fischer in Deutschland hat ja gerade darum eine bestimmte Bedeutung erhalten, weil sie ihre ganze antibolschewistische Tätigkeit mit dem Auftreten der russischen Opposition verflochten konnten, und weil sie sich sogar auf die Solidarität mit dem früheren Vorsitzenden der Komintern, dem Genossen Sinowjew, berufen konnten. Dadurch ist es ihnen auch gelungen, vor einem Teile der Arbeiter ihr konterrevolutionäres Wesen zu verbergen. Daß sie wahrhaft konterrevolutionäre Elemente sind, beweist am besten der Resolutionsentwurf ihres Gesinnungsgenossen Giwan in der

* Der Artikel des Genossen Kostolansky ist vor der Erweiterten Exekutive geschrieben, konnte aber aus technischen Gründen bisher nicht veröffentlicht werden. Wir bringen ihn in der vorliegenden Nummer, da er auch jetzt noch von Interesse ist.

Zelle „Konsum“, in welchem er von einer „unterdrückten Arbeiterschaft in Rußland“ faselte und die offen gegenrevolutionäre Parole der „zweiten Revolution“ lancierte. (Anstatt die deutschen Arbeiter zur Vorbereitung ihrer zweiten Revolution aufzurufen, beschäftigt sich dieser ultralinke Agent der Bourgeoisie damit, die deutschen Arbeiter gegen Sowjetrußland aufzuhetzen, wie es kein offener Sozialverräter besser tun könnte.)

Es ist kein Geheimnis, daß die neue Opposition mit parteifeindlichen Elementen auch in anderen Ländern verbunden war. Souvarine in Frankreich, Bordiga in Italien waren die Verbündeten der neuen Opposition gegenüber den Sektionen der KI in den betreffenden Ländern. Etwas weniger bekannt ist aber der Umstand, daß die neue Opposition auch in den anderen Sektionen der KI ihre Position zu sichern trachtete, unter welchen die wichtigste zweifelsohne die KPTSch, die drittstärkste Sektion der KI, ist.

In der KPTSch war es ein kleines Grüppchen, das allerdings einen einflußreichen, allbekannten Genossen, einen Sekretär des ZK, den Genossen Neurath, als Führer besaß, das schon während längerer Zeit mit der neuen Opposition innerhalb der KP der SU und mit den Ultralinken in Deutschland nicht nur sympathisierte, sondern auch einen Kontakt herstellte. Genosse Neurath ist nicht erst heute zu ihnen gestoßen. Schon nach dem 14. Parteitag der KP der SU, als das ZK der KPTSch zum erstenmal sein Verhältnis zur Lage in der KP der SU klären wollte, war es der Genosse Neurath, der die Stellungnahme des ZK für die KP der SU, für ihr leninistisches ZK und gegen die Opposition, zu vereiteln trachtete. Auf dem letzten Plenum der Exekutive der KI gab er zwar noch in einer unentwickelten Form seinen ultralinken Neigungen Ausdruck. Es war gerade Genosse Neurath, der bei der politischen Diskussion die Stabilisierung des Kapitalismus zu leugnen trachtete, denn er stellte ja die Richtigkeit der Behauptung, daß die Stabilisierung des Kapitalismus in der Tschechoslowakei besteht, in Abrede. Damals fragte ihn der Genosse Bucharin, ob er der Meinung sei, daß in der Tschechoslowakei eine akut revolutionäre Situation bestehe. Selbstverständlich konnte auch Genosse Neurath diese Frage nicht bejahen. Ja, sogar heute könnte er, obwohl die Lage des Kapitalismus in der Tschechoslowakei seither bedeutend kritischer geworden ist, kaum behaupten, daß dort bereits eine akut revolutionäre Situation besteht. Aber nicht nur in der Frage der Stabilisierung des Kapitalismus bewies Genosse Neurath seine Neigung nach ultralinks. In der innerparteilichen Frage betonte er, daß der Feind (der Feind des Leninismus) rechts stehe. Es ist klar, daß die Betonung dieser Worte einer Demonstration gegen die Beschlüsse des 14. Parteitages der KP der SU gleichkommen sollte, d. h. Neurath leugnete die Richtigkeit der Bekämpfung derjenigen Elemente, die den Leninismus von „links“ kritisieren wollen und mit linken Phrasen ihr rechtes Wesen bemänteln.

Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in ihrer Gesamtheit und unter der Führung der Zentrale, die auf dem nach der Bubnik-Krise gebildeten Block (Jilek-Smeral) beruhte, gegen ultralinke Abweichungen entschieden Stellung nahm, vereitelte von vornherein die verhüllten Versuche des Genossen Neurath, in der Tschechoslowakei Boden für die neue Opposition zu schaffen. Das ZK der KPTSch konnte jedoch nicht vereiteln, daß bestimmte geheime Fraktionsvorbereitungen vor sich gingen. Dies war um so leichter, als der Vertreter der tschechoslowakischen Jugend

bei der KJI, der Genosse Michalec, sozusagen die Verbindung zwischen der neuen Opposition der KP der SU und Genossen Neurath erleichterte; andererseits bot die geographische Nähe von Berlin zu Prag die Möglichkeit einer Verbindung zwischen dem Genossen Neurath und den ultralinken Elementen der KPD. Der Genosse Neurath versuchte mehrere Male, seinen deutschen Gesinnungsgenossen ähnlich, „die russische Frage“ zum Gegenstand einer Diskussion innerhalb der KPTsch zu machen. Besonders, als nach dem Juniplenium des ZK und ZKK der KP der SU die KPTsch sich neuerdings vor die Frage gestellt sah, wie sie sich zur Angelegenheit der Genossen Laschewitsch u. Co. und zu den neuen Kampfmethoden der russischen Opposition verhält. Genosse Neurath erhielt bei dieser Gelegenheit vom Polbüro wie auch vom Plenum des ZK eine entschiedene Abfuhr. Die Partei stellte sich hinter das ZK der KP der SU gegen das unleninistische Benehmen der russischen Opposition und untersagte jegliche Diskussion der Frage innerhalb der KPTsch. Das ZK der KPTsch wünschte sich nicht von einzelnen Oppositionellen von seinen unmittelbaren Aufgaben abbringen zu lassen.

Man hätte annehmen müssen, daß nach diesen Erfahrungen die kleine oppositionelle Gruppe innerhalb der KPTsch ihre Absicht, der Partei die Diskussion aufzuzwingen, eingestellt hätte. Leider war das nicht der Fall. Nicht nur hat sie trotz des Parteibeschlusses ihre Machinationen nicht eingestellt, sondern sie ist jetzt schon direkt zur Schaffung einer geheimen Fraktion übergegangen. Es wurde eine Sammlung vorgenommen und Literatur und Dokumente verbreitet (wobei diese Tätigkeit vor der Partei streng geheimgehalten wurde). Das Material stammte überwiegend aus den Händen der Opposition der KP der SU, wie z. B. die Thesen des Genossen Sinowjew zum englischen Streik, die Rede des Genossen Laschewitsch auf dem 14. Parteitag usw.

Als Basis der Tätigkeit der Opposition wurde Reichenberg gewählt, wo der Sekretär des Kreises, der Genosse Kreutz, unter dem Einfluß des Genossen Neurath eine Gruppe um sich scharte, mit welcher er geheime Sitzungen abhielt. Diese Sitzungen, die zwar nicht im Walde, sondern in der Wohnung des Genossen Kreutz abgehalten wurden, haben einen entschieden geheimen Charakter getragen, was dadurch dokumentiert wird, daß den Teilnehmern Schweigepflicht (Schweigepflicht vor der Partei) auferlegt wurde. In diesen Beratungen hat Genosse Kreutz, wie z. B. am 12. 9., die Notwendigkeit der Schaffung einer Opposition in der KPTsch betont. Welche Gründe wurden hier angeführt? Laut der Meinung dieses Grüppchens unter der Führung des Genossen Kreutz besitzt die KPTsch und die Internationale eine Führung, die immer mehr nach rechts geht.

Es ist charakteristisch, daß gerade diejenigen Genossen von einer rechten Gefahr faseln, die, wenigstens ideologisch, schon heute mit den rechten Elementen der KPTsch ein Bündnis geschlossen haben. Wie wir sehen, ergibt sich hier dasselbe Bild wie in Deutschland und auch in Rußland. Es gibt nämlich noch eine jämmerlich dahinvegetierende rechte Gruppe in der KPTsch (wie die Genossen Hula, Friedrich, Görlich usw.), die seinerzeit den Block der damaligen Linken mit dem Zentrum (Smeral) von rechts aus ablehnten, ebenso wie sie die Beschlüsse des 5. Weltkongresses nicht akzeptierten. Diese vollständig isolierte Gruppe hat auf der 6. Erweiterten Exekutive in der Form eines Memorandums einen neuen Vorstoß gegen das

ZK der KPTSch unternommen (wobei sie eine entschiedene Abfuhr seitens des EKKI erfahren hat). Einer dieser Genossen, der Genosse Görlich, hat in einer der letzten Nummern der Zeitschrift „Nove Rusko“ („Neues Rußland“), welche von der Gesellschaft für kulturelle Annäherung an die Sowjetunion herausgegeben wird, einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich für eine Diskussion der russischen Frage innerhalb der KPTSch ausspricht und für die neue Opposition in der KP der SU Stellung nimmt. (Es bleibt unberücksichtigt, daß es vollständig unzulässig ist, Parteifragen in einem außerparteilichen Blatt zu behandeln.) — Wie wir also sehen, ist in der Tschechoslowakei wie auch in Deutschland und anderswo eine gemeinsame Plattform der ultralinken mit den rechten Elementen geschaffen worden. Und doch wagen es die tschechischen Ultralinken, von einer rechten Abweichung der Führung zu sprechen. Es ist interessant, daß sie außer der leeren Behauptung der Rechtsschwenkung dem ZK und der KI, abgesehen von der „russischen Frage“, gar nichts Konkretes vorhalten konnten. Erst in der letzten Zeit versuchten sie, Gegensätze herauszukonstruieren, nachdem sie an der ganzen Gestaltung der Politik der Partei (wie z. B. Genosse Neurath, der im Polbüro saß) mitgearbeitet haben. Sicherlich ist die KPTSch nicht frei von Fehlern. An den Fehlern wird der Genosse Neurath nicht weniger schuld sein als andere Genossen. Fehler sind unvermeidlich, wichtig ist nur, wie es Lenin verlangte, daß man sie schleunigst korrigiert. Sie stellen nur eine Gefahr dar, wenn man auf ihnen besteht. Und gerade die Opposition ist es scheinbar, die bis heute nicht begriffen hat, welcher grober Fehler durch ihre Fraktionsmacherei begangen wurde. Unter Umständen, wie es die heutigen in der Tschechoslowakei sind, in der Zeit einer rapiden Verstärkung der Wirtschaftskrise, wo die Arbeitslosigkeit kolossal wächst, die Preise in die Höhe klettern, wo eine Linksbewegung der Arbeiterschaft greifbare Früchte zu tragen beginnt, wo also die Partei vor große Aufgaben gestellt wird, ist die Einheit und Geschlossenheit der Partei mehr als je Gebot der Stunde. Das haben die Genossen Neurath und seine Gönner in der KP der SU vergessen.

Aber das ZK hat es nicht vergessen. Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor der Partei und der KI hat es energische Maßnahmen ergriffen. Im vollen Einverständnis mit der Kreisleitung Reichenberg wurde der Fraktionsmacherei der Genossen Kreuz u. Co. ein Ende bereitet. Die Genossen Kreuz und Walter wurden ihrer Parteifunktionen enthoben, und als es sich erwies, daß alle Fäden zu dem Genossen Neurath führten, wurde auch Genosse Neurath von seiner Funktion als Mitglied des Polbüros und Sekretär des ZK suspendiert. Daß die Parteimitgliedschaft in dieser Frage hinter dem ZK der KPTSch steht und mit dem ZK der KP der SU vollständig solidarisch ist, zeigen nicht nur die im Reichenberger Gebiet daraufhin organisierten Gebietskonferenzen und ihre Resolutionen, sondern auch die darauf stattgefundene Reichenberger Kreiskonferenz. Der Reichenberger Kreis hat mit der vollständigen Einmütigkeit, mit der er sich gegen die Fraktionsmacherei stellte, neuerdings bewiesen, daß er ebenso wie er im Jahre 1924 bereit war, mit aller Energie gegen die rechten Liquidatoren zu kämpfen, heute nicht minder einen Stützpunkt der leninistischen Linie gegenüber den ultralinken Verbündeten des Liquidatorentums darstellt.

Die ultralinken Fraktionsmacher sind durch das entschiedene Eingreifen

des ZK in der Tschechoslowakei unschädlich gemacht worden. Das ZK wird aber gleichzeitig nicht vergessen, daß die Partei vor wichtigen Aufgaben steht. Angesichts der heutigen Lage, bei der kolossalen Anzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, steht auch ein großer Teil der Nichtparteimitgliederschaft außerhalb der Betriebe. Durch den weiteren Abbau der Industrie und die Vorbereitungen der tschechischen Kapitalisten zur Rationalisierung wird die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung. Die Lage der Arbeitslosen ist durch das sogenannte Genter System der Arbeitslosenunterstützung eine äußerst schwierige. Dieser Teil der Arbeiterklasse und der Parteimitglieder ist daher ein günstiger Boden für die revolutionäre Ungeduld und aufnahmefähig für ultralinke Phraseologie. Diese objektiven Momente dürfen nicht vergessen werden, ihnen ist durch systematische Propagandaarbeit zu begegnen. (Bei entsprechender Aktivität der Partei.) Das ZK wird sicherlich die propagandistische Aufklärung über die jüngsten Geschehnisse innerhalb der Partei mit der Vertretung der leninistischen Ideologie und bolschewistischen Orgprinzipien in der Mitgliedschaft verbinden können, indem unterstrichen wird, daß die Methoden der Ultralinken nicht zur Beschleunigung der Revolution, sondern zur Untergrabung ihrer Vorbedingungen führen. Darum ist das Treiben der Ultralinken eine Gefahr für die Sache des Proletariats. Daß das ZK der KPTsch diese Aufgabe erfüllen wird, dafür bietet die proletarische Zusammensetzung der KPTsch eine bestimmte günstige Vorbedingung.

W. MITZKEWITSCH-KAPSUKAS:

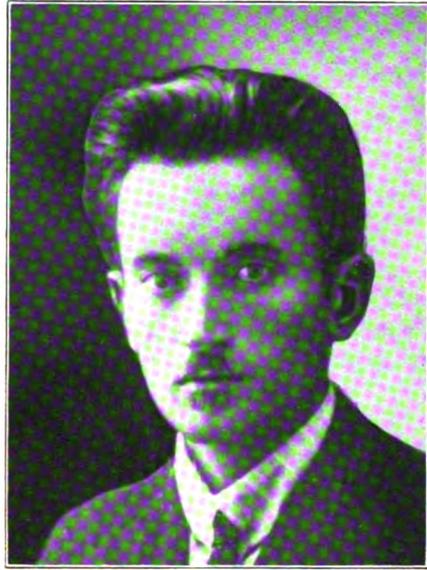
DIE OPFER DES LITAUISCHEN FASCHISMUS

Die faschistische Regierung Litauens hat ihr blutrünstiges Gesicht bereits gezeigt: am Morgen des 27. Dezember wurden auf Grund des durch das Feldgericht gefällten Todesurteils vier der besten Kommunisten Litauens erschossen: die Genossen Poschela, Josef Greifenberger, Kasis Giedris und Rafael Tschorny. Sie sind angeblich wegen Organisation eines bolschewistischen Aufstandes erschossen worden, eines Aufstandes, den jetzt zu organisieren niemanden auch nur eingefallen ist. Die niederträchtige Lüge von der Organisation eines bolschewistischen Aufstandes brauchten die litauischen „christlichen“ Faschisten nur, um den von ihnen herbeigeführten faschistischen Umsturz und ihre blutigen Exekutionen an ihren Klassenfeinden, den Kommunisten, zu rechtfertigen. Erschossen wurden diese auf Geheiß Londons und Warschaus, und zwar nur deshalb, weil sie die besten Kommunisten waren und an der Spitze der Arbeiterbewegung Litauens standen.

Die litauischen Faschisten, die gegen den Willen der breiten werktätigen Massen Litauens zur Macht gelangt sind, sind sich ihrer Schwäche bewußt; sie glauben sich nur mit Hilfe des allergrausamsten weißen Terrors an der Macht erhalten und die Politik ihrer englischen Gebieter durchführen zu



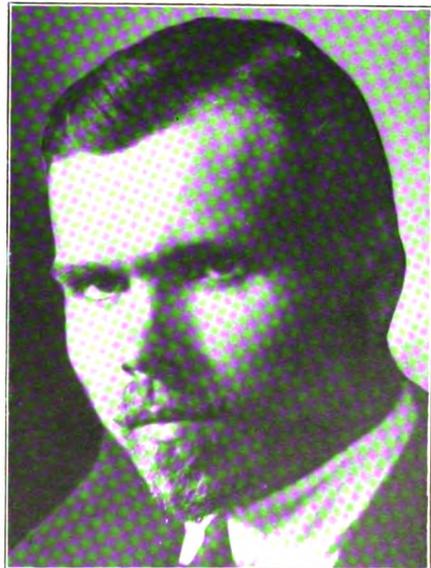
RAFAEL TSCHORNY



K. POSCHELA



JOSEF GREIFENBERGER



K. GIEDRIS



können. Deshalb wollen sie nach dem Beispiel Bulgariens die Avantgarde der Arbeiterklasse und der ärmsten Bauernschaft Litauens ausrotten. Ihre ersten Kugeln haben sie wirklich mitten ins Herz der Arbeiterklasse Litauens gesandt; deren beste Vertreter und Führer wurden hingemordet; hingemordet in der Blüte ihrer Kraft.

Karl Poschela

Karl Poschela, den Parteikreisen und dem EKKI unter dem Namen Petrowski sowie unter dem Parteinamen Adolf u. a. bekannt, Sohn eines litauischen Bauern, seit 1918 Berufsrevolutionär, wurde im Alter von 31 Jahren ermordet, als er zu einem wirklichen Führer der Arbeiterklasse Litauens emporgewachsen war. Schon vor dem Kriege, auf der Gymnasialbank in Mitau, war Poschela Sozialist geworden. Als Student der Universität Dorpat schließt er sich während des Krieges einer bolschewistischen Gruppe an, um in ihr aktiv tätig zu sein. Im Jahre 1917 und zu Beginn des Jahres 1918 ist er daselbst Partei- und Sowjetarbeiter. Bald darauf in das von den Deutschen okkupierte Litauen zurückgekehrt, geht er hier illegaler Tätigkeit nach. Im September 1918 beteiligt er sich am Gründungsparteitag der KP Litauens. Während des kurzen Bestehens der Rätemacht in Litauen zu Beginn des Jahres 1919 betätigt er sich zunächst in Schaulen als stellvertretender Vorsitzender des Rates der Arbeiterdeputierten, später an anderen Orten. Nach der Niederzwingung der Rätegewalt in Litauen bleibt er zum Zwecke illegaler Arbeit zurück und verharret auf seinem Posten bis zum letzten Augenblick. Im Frühjahr 1920 beginnt er bereits eine führende Rolle in der KPL zu spielen. Er gehört bald dem ZK an, und seine Bedeutung ist in stetem Steigen begriffen; Ende 1921 ist er der maßgebende Organisator der KPL. 1913 wird er Sekretär des Orgbüros des ZK und maßgebender Parteiführer in Litauen, endlich, im Jahre 1926, führendes Mitglied des Politbüros des ZK der KPL.

Politisch war Genosse Karl in dieser Zeit mächtig emporgewachsen und zu einem der größten Führer der KPL geworden. Angesichts der kleinbürgerlichen Verhältnisse Litauens, bei der äußerst geringen numerischen Stärke des Industrieproletariats und dem Fehlen bolschewistischer Traditionen war das sehr schwer. Trotz alledem wurde Genosse Karl zu einem wahrhaften Bolschewiken, der die besten Eigenschaften der alten russischen Bolschewiki verkörperte.

Die Arbeit war in dem kleinen Litauen unter viel schwierigeren Bedingungen zu leisten als unter dem Zarismus. Genosse Karl wich jedoch nicht um einen Schritt zurück und vollbrachte seine Arbeit mit größter Selbstaufopferung unter den schwierigsten polizeilichen und materiellen Bedingungen. Er führte ein Hungerleben, mußte sich manchmal an einen Hering sättigen, verzagte aber nie. Anfangs 1921 wurde er verhaftet, konnte aber flüchten. Im Herbst 1922 weitere Verhaftung — erneute Flucht. Ende 1922 muß er im Wilnagebiet in ein polnisches Gefängnis wandern; aber auch hier gelingt es ihm, zu entfliehen. Die litauische Ochrana kennt ihn als einen der Hauptführer der KPL, hetzt hinter ihm her, verbreitet allenthalben sein Bild und seine Kennzeichen. Ohne zu wanken, setzt er aber seine illegale Tätigkeit in Litauen fort. Im Frühjahr 1926 muß er endlich wieder ins Gefängnis, das er dieses Mal aber nur auf Grund der Amnestie verlassen kann.

Sofort nimmt er seine Tätigkeit wieder auf, der nur die erneute Verhaftung durch die Faschisten am Morgen des 17. Dezember ein Ende macht. Am 19. Dezember richtete er noch an seine Freunde ein mutiges Schreiben, und schon in der Nacht zum 27. Dezember wurde er uns durch Mörderhand entrisen.

Dank seiner ungewöhnlichen Ergebenheit an die Sache der Arbeiterklasse, dank seiner außerordentlichen Standhaftigkeit, seiner enormen, in langen Jahren der illegalen Tätigkeit gesammelten Erfahrung, dank seiner Fähigkeit, sich auch auf minder erfahrene und junge Genossen einzustellen, war Genosse Karl das populärste und am meisten geliebte Mitglied des ZK der KPL geworden. Es war eine der lichtesten Gestalten der KPL.

Josef Greifenberger

Zusammen mit Genossen Karl arbeitete in der ganzen Zeit, seit 1919, der Genosse Viktor (Josef Greifenberger), und durchlebte gemeinsam mit ihm alle schweren Tage, alle Krisen und auch die Siege der Kommunistischen Partei. Genosse Viktor war ein wenig jünger als Genosse Karl; er ist 30 Jahre alt geworden. Sohn eines kleinen ländlichen Handwerkers, arbeitete er von früher Jugend an zusammen mit seinem Vater in der Stadt Kalvaria (Gouv. Suwalki). Während des imperialistischen Krieges geriet er als Fahnenflüchtiger nach Smolensk und war hier als Metallarbeiter in einer Fabrik tätig. Josef arbeitet und lernt. In zwei Jahren absolviert er den Kursus einer Mittelschule. Sehr bald aber wird er in die aktive revolutionäre Arbeit hineingezogen und gibt alle Gedanken an die Universität auf. Im Jahre 1918 sehen wir ihn als einen der aktivsten Arbeiter für die Schaffung einer Westgebietsorganisation des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes (RKJV). Er war einer der Teilnehmer und Leiter des Kongresses des RKJV im Westgebiet. Als Ende 1918 die deutsche Revolution ausbrach und in Weißrußland und Litauen die Rätemacht aufgerichtet wurde, ging er nach Minsk, dann nach Wilna und wird hier einer der Gründer und Führer der Kommunistischen Jugend. In Wilna gründet und redigiert er auch das erste Organ des KJV, die „Fackel des Kommunismus.“ Im April 1919 kämpft er mit der Waffe in der Hand in den ersten Reihen in den Straßen Wilnas gegen die weißgardistischen Polen.

Im Jahre 1919 wird auf Initiative des RKJV der erste internationale Kongreß der Kommunistischen Jugend-Internationale (KJI) einberufen. Genosse Viktor wird als Delegierter des RKJV und des KJV Litauens und Weißrußland zum Kongreß entsandt. Unter immensen Schwierigkeiten gelangt er durch einige Fronten nach Deutschland, um aktiven Anteil an der Gründung der KJI zu nehmen.

Aus Deutschland kehrt er nach Sowjetrußland nicht mehr zurück, sondern bleibt in Litauen zu illegaler Arbeit. Im Jahre 1920 organisiert er aufs neue den nach dem Fall Wilnas vollständig zerschlagenen KJV Litauens und steht während einer Reihe von Jahren an dessen Spitze. 1921 beginnt seine aktive Tätigkeit in der Partei. Er wird bald Mitglied des ZK und ist als einer seiner Leiter bis zum letzten Augenblick tätig.

Nahezu acht Jahre arbeitet er in Litauen unter den allerschwierigsten Bedingungen des weißen Terrors. Wiederholt wird ihm von Genossen aus der KJI vorgeschlagen, in der Sowjetunion zu bleiben um in der KJI oder

in der USSR zu arbeiten. Stets hat er jedoch diesen Vorschlag abgelehnt. Er war der Ansicht, daß man vor allem da arbeiten müsse, wo man am schwersten zu ersetzen ist, wo die Bedingungen zur Arbeit besonders schwierig sind. Und in dieser harten Arbeit ist denn auch wirklich in ihm ein Führer der Arbeiterklasse Litauens, ein stählerner Kämpfer für den Kommunismus erstanden.

Die ganzen letzten Jahre seiner aktiven Tätigkeit im KJV und in der Partei hat Genosse Viktor Seite an Seite mit Genossen Karl gearbeitet und gemeinsam mit ihm ist er nun durch die Kugeln der litauischen Faschisten zu Grunde gegangen. Er war ebenso selbstaufopfernd, ein der Sache der Arbeiterklasse ebenso ergebener Kämpfer und ausgezeichnete Genosse wie Genosse Karl. Ihr Andenken wird in der Arbeiterklasse ewig fortleben.

K a s i s G i e d r i s

Kasis Giedris ist ein Arbeiter aus dem Gouvernement Kowno, und war ungefähr 38 Jahre alt. Er arbeitete zuerst in seiner Heimat, dann in Lenin-grad und wanderte etwa 1913 nach Amerika aus. Hier trat er bald der sozialistischen Partei bei. Als während des Krieges in der amerikanischen sozialistischen Partei ein linker Flügel entstand, wurde er einer seiner aktivsten Funktionäre.

Nach der Februar-Revolution 1917 begab er sich, inzwischen bereits Bolschewik geworden, ungesäumt wieder nach Rußland, um sich den Reihen des kämpfenden Proletariats anzuschließen. Er nahm aktiven Anteil am Kampfe der bolschewistischen Partei im Jahre 1917 und während der Oktober-Revolution. Er betätigte sich sodann im Kommissariat für litauische Angelegenheiten und in der litauischen Sektion des ZK der KPSU. Im März 1919 vertrat er die Kommunistische Partei Litauens und Weißrußlands auf dem ersten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. In Jahre 1919 begibt er sich zur illegalen Tätigkeit ins polnische Okkupationsgebiet. Anfangs 1920 wird er von den Polen verhaftet und interniert. Im Jahre 1921 kommt er im Austausch wieder nach Sowjetrußland und arbeitet hier in der Partei. 1921 geht er zu illegaler Arbeit nach Litauen. Hier wird er bald festgenommen und muß für seine Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei für 5 Jahre ins Zuchthaus. Die Amnestie des Jahres 1926 befreit ihn und er tritt wieder in die ersten Reihen der KPL.

Genosse Giedris gehörte zu jenen ergebeneren bescheidenen, unscheinbaren Funktionären, ohne die kein großes Werk zustande kommt.

R a f a e l T s c h o r n y

Genosse Rafael Tschorny, ein Arbeiter (Bäcker), Mitglied des ZK des KJV Litauens, ist im Alter von 24 Jahren dahingegangen. Im Jahre 1924 wurde er von einem litauischen Gericht zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. 1926 wurde er durch die Amnestie befreit. Am 17. Dezember wurde er zusammen mit den anderen Genossen verhaftet und am 27. Dezember erschossen.

Die Hand der faschistischen Henker hat den Reihen der Arbeiterklasse Litauens diese kühnen, ruhmreichen Kämpfer der proletarischen Revolution entrissen. Sie weilen nicht mehr unter uns. Die lichte Erinnerung an sie wird jedoch in den Herzen der Arbeiterklasse Litauens und aller der fort-

leben, die mit ihnen jemals in Berührung gekommen sind. An ihrem Beispiel werden sich die breiten Arbeiter- und Bauernmassen Litauens für den Kampf begeistern. In der Erinnerung an sie wird das Proletariat gegen die faschistischen Henker seine Flüche schleudern und sich für den Augenblick der Vergeltung vorbereiten.

B.:

„DIE GESELLSCHAFT“*

Im Novemberheft der Hilferding'schen „Gesellschaft“ schreibt der russische Menschewik A. Jugow über „Wirtschaftslage und Parteikrise“ in Rußland. Zur Charakterisierung der Methode, die Jugow anwendet, um seine pessimistische Auffassung der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion zu begründen, sei ein kleines Beispiel angeführt: Er zitiert eine Stelle aus einem Aufsatz des Gen. Kaktyni aus dem „Ekonomitscheskoje Obesrenije“, wo gesagt wird, daß es notwendig sein werde, „den Verbrauch der städtischen Bevölkerung sowohl durch die Besteuerung der besitzenden Schichten als auch durch eine Verlangsamung in dem Wachstum der Arbeitslöhne zu beschneiden.“ An dieses Zitat, für dessen richtige Wiedergabe wir Jugow die Verantwortung überlassen, knüpft dieser Rußlandsachverständige der SPD folgende Betrachtung:

„So entartet vor unseren Augen der utopische Versuch einer gewaltsamen Durchführung des Sozialismus in einem rückständigen Lande in eine Politik, die den materiellen und kulturellen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung aktiv herabdrückt.“

Entweder ist Jugow der Ansicht, daß die Nepleute, von deren verstärkter Besteuerung Gen. Kaktyni spricht, zur „arbeitenden Bevölkerung“ gehören — oder aber er versucht, den Sinn des Zitates in sein Gegenteil umzufälschen: denn ein verlangsamtes Wachstum der Arbeitslöhne bedeutet sowohl in der deutschen, als auch in der russischen oder sonst irgendeiner Sprache doch ein Wachstum, aber noch lange keine Herabdrückung. Mit einer solchen Methode kann man allerdings beliebig aus schwarz weiß machen und umgekehrt.

Die Niederlage der russischen Opposition zwingt den Vertreter der Menschewiki, die auf eine große Krise in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gehofft hatten, etwas bescheidener aufzutreten. Statt der flammenden Entrüstung über den angeblich „kapitalistischen und bonapartistischen“ Charakter der Politik der russischen Kommunisten, die bei den Menschewiki bisher üblich war, konstatiert Jugow heute mit der Miene des Bedauerns:

„Stalin (soll wohl heißen die Kommunistische Partei) kann sich freilich nicht entschließen, in der Oekonomie den Weg der entschiedenen Entfesselung der kapitalistischen Produktivkräfte zu gehen.“

Daß dies aus Furcht vor der Opposition geschieht, wie er es behauptet, glaubt Jugow wohl selbst nicht, stellt er doch in seinem Artikel fest:

„daß das Bewußtsein, daß die Nationalisierung aller Wirtschaftszweige für das Land untragbar ist, sich nach und nach unter der kommunistischen Opposition durchsetzt.“

Der menschewistische Kronzeuge der deutschen Sozialdemokratie sieht sich also gezwungen, das Gerede von einer Rückkehr zum Kapitalismus in der Sowjetunion zu begraben. Alle Phrasen, mit denen er dieses Eingeständnis verbrämt, können nicht darüber hinwegtäuschen, — und schließlich ist es begreiflich, daß ein Menschewik damit unzufrieden ist, daß die kapitalistischen Produktivkräfte sich in der Sowjetunion nicht frei von allen

* „Die Gesellschaft“. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rud. Hilferding. 3. Jahrgang. Nr. 11 und 12 (November und Dezember 1926).

Fesseln entfalten können, und daß die Entwicklung der Wirtschaft in anderen, in sozialistischen Bahnen vor sich geht.

Was die Opposition anbetrifft, so stellt Jugow fest:

„Trotzki, Sinowjew, Smilga haben ihre alte Ueberzeugung, daß der Sozialismus in einem isolierten Lande aufgebaut werden könne, nahezu völlig aufgegeben; sie zweifeln daran, daß „die in ihrem Typus sozialistische Staatsindustrie“ aus dem Kampf mit der Privatwirtschaft im Rahmen des Sowjetstaates selbst siegreich hervorgehen könne.“

Wenn wir noch die bereits angeführte Stelle, wo Jugow auf Grund des Artikels von Meislin im „Bolschewik“ (in dem bekanntlich die Ueberlassung des Handels an das Privatkapital gefordert wurde) über die Ansicht der Opposition von der Untragbarkeit „der Nationalisierung aller Wirtschaftszweige“ spricht, so sehen wir, daß Jugow gerade die Ansichten der Opposition hervorhebt, die sich mit den Glaubenssätzen des Menschewismus berühren. Ist doch der Ausgangspunkt der Menschewiki der, daß in einem rückständigen Lande wie Rußland der Kapitalismus noch die ganze Zukunft vor sich habe, daß dort an eine sozialistische Wirtschaft nicht gedacht werden könne; daraus ergibt sich die schon von Martow aufgestellte Lösung der Denationalisierung.

Im gleichen Heft der „Gesellschaft“ behandelt ein anderer russischer Menschewik, Bienstock, „Frankreichs Industrialisierung und die Krise des Mittelstandes“. Auf Grund einer Reihe von statistischen Daten stellt er fest: „Der heutige industrielle Aufschwung Frankreichs ist auf dem Ruin seines Mittelstandes aufgebaut.“ Die politische Perspektive, die sich bei Bienstock aus dieser Lage ergibt, ist — eine neue Auflage des Linksblockes, d. h. der inoffiziellen Koalitionsregierung. Das sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergebende Bündnis des Mittelstandes mit den Arbeitern faßt er natürlich als einen parlamentarischen Block der Sozialdemokratie mit den radikalen kleinbürgerlichen Parteien auf, in dem dann notwendigerweise die kapitalistischen Interessen, denen die kleinbürgerlichen Parteien dienstbar sind, dominieren werden.

Der Agrarsachverständige der SPD, Baade, schlägt eine Reform des Branntweinmonopols in Deutschland vor, die nach dem bekannten sozialdemokratischen Grundsatz des „kleineren Übels“ erfolgen soll. Da bei dem heutigen Zustand des Brennereigewerbes der Staat jährlich Millionen draufzahlt, weil er infolge der durch das staatliche Monopol aufrecht erhaltenen Rückständigkeit der Betriebe systematisch unter den Gestehungskosten verkaufen muß, schlägt Baade vor, die Brennrechte der Brennereien gegen eine Abfindungssumme aufzukaufen und die Produktion auf ein paar leistungsfähige Großbetriebe zu konzentrieren. Diese Reform entspricht im Grunde genommen dem, was wir in Deutschland bei jedem Kartell oder jedem Trust beobachten können. Die Eigentümer der größten Betriebe kaufen die Quoten der rückständigen Betriebe auf, um dann die gesamte Produktion des Kartells auf die technisch modernsten Betriebe zu konzentrieren. Bei den Trusts müssen aber die Eigentümer der Großbetriebe die Abfindungen an die Kleinbetriebe aus eigener Tasche bezahlen, während Baade bei der Brennereiindustrie vorschlägt, daß der Staat oder letzten Endes der Steuerzahler die Kosten der kapitalistischen Konzentration tragen sollen. An die Entschädigung der Arbeiter der stillgelegten Betriebe, die ihre Verdienstmöglichkeit verlieren, denkt Baade natürlich nicht. Es ist charakteristisch, daß dieser sozialdemokratische Agrarpolitiker nicht einmal eine Verstaatlichung der Spiritusindustrie fordert; das würde unter den heutigen Machtverhältnissen natürlich nichts am Wesen der Sache ändern, aber der staatsmännische Sozialdemokrat fürchtet, die Interessen auch nur einer kapitalistischen Gruppe zu verletzen.

Der Däne Frederik Vedso, der über „Bodenreform in Dänemark“, d. h. die Parzellierungsprojekte der dänischen Sozialdemokraten schreibt, will uns glauben machen, daß ihre Durchführung nicht mehr und nicht weniger als das Ende aller Ausbeutung bedeuten werde. Er schreibt:

„Mit Recht darf man fragen, ob denn solche Zerstückelung des Grund und Bodens von volkswirtschaftlichem und namentlich sozialistischem Gesichtspunkte aus zu verantworten ist. Uns in Dänemark erscheint als Hauptaufgabe der Sozialdemokratie die Abschaffung der Ausbeutung. Organisiert man die Landwirtschaft so, daß der Betriebsleiter und seine Familie gerade allein, aber auch vollauf den Betrieb führen können, dann ist in solchem Falle natürlich die Ausbeutung fremder Arbeitskräfte ausgeschlossen. Wenn der Betriebsinhaber für den Betrieb nur die Bodenrente zahlt, die andere auch für das Recht an der Ernte leisten würden, welche der Boden dank der angewandten Arbeit hervorbringen kann, dann kann unserer Meinung nach nie

mand den Inhaber ausbeuten. Uebrig bliebe nur eine Diskussion über die Höhe des Zinsfußes.“

Diese Abschaffung der Ausbeutung hat nur nichts mit Sozialismus zu tun, sondern ist die vulgärste Bodenreformerillusion. Die Kommunisten treten auch dafür ein, die Kleinbauern mit mehr Land auszustatten. Aber wir wissen, daß auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes notwendigerweise kapitalistische Verhältnisse entstehen müssen, wenn Industrie etc. kapitalistisch bleiben. So gibt in Rußland erst die Nationalisierung der Industrie, des Handels und der Banken die Möglichkeit, die aus der Warenproduktion entstehenden kapitalistischen Tendenzen zwar nicht mit einem Male zu beseitigen, aber doch durch die Gegentendenz einer sozialistischen Vergenossenschaftlichung zu überwinden. Charakteristisch für die dänischen Bodenreformer ist, daß sie davor zurückschrecken, die Gutsbesitzer entschädigungslos zu enteignen; deshalb muß der Kleinbauer, den sie angeblich von aller Ausbeutung befreien, den Bodenpreis in Form einer Rente an den Staat entrichten, er bleibt also indirekt dem Gutsbesitzer zinspflichtig.

Trotz der gewaltigen geschichtlichen Lehren des letzten Jahres entwickelt der englische Reformist Milne-Bailey in seinem Artikel über „Die Zukunft der englischen Arbeiterbewegung“ im Dezemberheft der „Gesellschaft“ die Perspektive einer friedlichen Entwicklung zum Sozialismus auf Grund einer Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Freilich kann er sich nicht verhehlen, daß,

„wenn die Unternehmer weiter teilnahmslos bleiben und sich an veraltete Methoden klammern, wenn die Regierung sich nicht selbst eingehend um Industrie und Handel kümmert und nicht bloß den Forderungen der äußersten Reaktionäre auf eine repressive Gesetzgebung gegen die Arbeiterschaft nachgibt, wenn die Hoffnung auf ausgedehnte internationale Wirtschaftsabkommen unter den Tisch fällt“ — daß dann „die Arbeiter, gleichgültig, was ihre Führer ihnen anraten, unbedingt einer revolutionären Stimmung zuneigen“

werden. Er sieht aber trotzdem die Zukunft im rosigen Lichte des sozialen Friedens. Er weist auf eine Reihe von technischen Verbesserungen in einigen Industrien hin. Das Eintreten von Unternehmerkreisen für „amerikanische Methoden“ bestärkt ihn gleicherweise. Sein Programm ist die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Steigerung der Produktion, bei der Feststellung der Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen, bei der Festsetzung der Löhne auf Grund der Steigerung der Produktion, also das, was man in Deutschland „Wirtschaftsdemokratie“ nennt. Es ist ein Programm der Mitarbeit der Arbeiterschaft an der kapitalistischen Rationalisierung, die in England notwendig ist, damit der englische Kapitalismus auch nur daran denken kann, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Es läuft auf dieselbe Praxis hinaus, wie sie die deutschen Gewerkschaftsführer betreiben. Die „Kontrolle der Arbeiterschaft“ die Milne-Bailey fordert, ist vielmehr eine Kontrolle der Arbeiter durch die Unternehmer mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie; sie würden sich selbst im Kampf gegen die sozialen Folgen der Rationalisierung ent Waffen. Die Milne-Baileysche „Arbeiterkontrolle“ hat mit einer wirklichen revolutionären Kontrolle durch die Arbeiter, wie sie in Rußland 1917 durchgeführt wurde, die eine vollkommene Ausschaltung der Unternehmer von der Leitung der Produktion bedeutete, nichts gemein. Es ist charakteristisch, daß die Reformisten jetzt versuchen, dieser Losung die revolutionäre Spitze zu nehmen und sie ins reformistische umzufälschen. Es zeigt, daß bei den Arbeitern das Bewußtsein immer stärker wird, daß mit kapitalistischen Mitteln kein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu finden ist, daß revolutionäre Eingriffe in die Produktion notwendig sind, daß es nicht besser werden kann, so lange die Kapitalisten die Produktion beherrschen. Es wird aber den Reformisten wohl nicht gelingen, die Arbeiter dadurch zu verwirren, daß sie zu einem revolutionären Text eine reformistische Melodie singen, daß sie einer revolutionären Parole einen arbeitgemeinschaftlichen Sinn unterlegen. Ein gewisser Wladimir Lewinskyj, der sich in „Marxismus, Erkenntnis und Weltanschauung“ nicht zurechtfindet, propagiert die „Ergänzung“ des Marxismus, der seiner Ansicht nach keine Weltanschauung gibt, durch Ernst Machs Philosophie und durch „andere wissenschaftliche Auffassungen der übrigen Gebiete der Natur“. Es erübrigt sich wohl, darüber etwas zu sagen.

Wenn man den Artikel von Salomon „Zur Soziologie des Geniebegriffs“ sieht, dann kann man den Verfasser wohl nur um seine Sorgen beneiden.